

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werttätigen Volkes.

Abohmentpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierjährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18098.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pf., bei Plakatvorlage 35 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eine bewaffnete Kundgebung in Petersburg

„Mittlere Linie — keine scharfe Absage nach rechts noch links — positive Umdeutung“.

Herrn findet die entscheidende Sitzung des Reichstags statt, in der der neue Reichskanzler seine Stellung zu der Friedensresolution des Mittelblocks bekanntgeben wird — oder auch nicht bekanntgeben wird. Auf jeden Fall muss ja etwas wie eine Entscheidung herauskommen, wenn sie vielleicht auch noch bis zum Freitag hinausgeschoben wird. Welcher Art sie aber sein wird, ob sie eine Abklärung bringt oder ob sie vielmehr ein neues Verwischen und Verwaschen sein wird, das vermag zur Zeit kein Sterblicher vorauszusagen. Die Blätter zeigen nur das eine, dass hinter den Auflisten starke Kräfte am Werke sind, um eine reine Feststellung des Kurses der Regierung wie der Parteien nochmals zu verhindern und an ihre Stelle die Einigkeit und Unschärfe, des Halbdunkels zu setzen. Nebeneinstimmend melden verschiedene Blätter, dass eine Verständigung, eine Vereinbarung des Kanzlers mit den Mehrheitsparteien in erneuten Verhandlungen zustande gekommen sei. Außerdem berichtet die *Vossische Zeitung*, der Kanzler habe in diesen Besprechungen erklärt, dass er bei der Abberichtigung seines Amtes von der Erwartung getragen wurde, die innere Einheit wieder zu erreichen, die für einen glücklichen Ausgang des Krieges unabdingt nötig sei. In der Frage der Friedenszielsresolution habe er eine mittlere Linie vorgelegt, bei der eine Einigung zu erzielen sei, ohne dass es zu einer scharfen Absage der Regierung nach rechts oder links komme. Am Nachmittag hätten darauf Besprechungen zwischen den Fraktionen stattgefunden, bei denen der Wunsch ausgedrückt wurde, die Abstimmung über die Mehrheitsresolution bis zum Freitag zu verschieben und unter allen Umständen auf die Resolution zu verzichten, wenn der Kanzler in seiner Rede entsprechende Erklärungen abgebe, was nach der heutigen Besprechung als wahrscheinlich anzusehen sei. In der Frage der Parlamentarisierung erwarte man in den Kreisen der Mehrheitsparteien ein schnelles Entgegenkommen der Regierung sowohl im Reiche wie in Preußen. — Der *Vokal-Anzeiger* versichert, man halte es nun für möglich, dass die Friedensresolution im Reichstag überhaupt nicht zur Abstimmung gelange, da angenommen werde, dass die Erklärung des neuen Reichskanzlers sie überflüssig machen werde. Über diese Erklärung glaubt die Post mitteilen zu können, dass Dr. Michaelis die Friedensresolution nicht zu belämpfen beabsichtige, sondern dass er vielmehr versuchen werde, sie unter Ausweitung einiger Punkte nach der positiven Seite hin umzudeuten. Über die Frage des preußischen Wahlrechts werde der Kanzler voraussichtlich überhaupt nicht sprechen, sondern sich auf die Angelegenheiten beschränken, die unmittelbar vor dem Reichstag gehören.

Was an diesen Mitteilungen Verlässliches ist, werden wir bald wissen. Kommt es so, wie diese drei Blätter annehmen, so würde die große Aktion also sehr flüssig enden. Es könnte dann weder zu einer unzweideutigen Erklärung der Regierung noch der Parteien und die Regierungsparteien hätten allen Anlass, sich zu fragen, weshalb denn der Reichskanzler Bethmann Hollweg überhaupt gestürzt worden ist. Denn an dem Aufstand, der unter ihm in der Friedenszielsfrage herrschte, würde auch nicht ein Titelchen geändert sein. Die Schlagworte, die wir an die Spitze unseres Artikels gestellt haben: Mittlere Linie — keine scharfe Absage nach rechts noch links — positive Umdeutung! passen dem flüchtigen Reichskanzler wie angegossen, und wenn Herr Dr. Michaelis sie auf sein Banner schreibt und zur Richtlinie seines Programms macht, so hat er den denkbar berechtigten Anspruch auf den Namen, den der Vorwärts dieser Tage in einer Polemik gegen die Rechte warnend gebraucht, auf den Titel *Bethmann Hollweg der Zweite!* Aus den Meldungen ist nicht zu erssehen, wie sich die Regierungsparteien in den Besprechungen unter den Fraktionen zu all diesen Plänen gestellt haben. Der Vorwärts fordert heute noch die klare Entscheidung; wie seine Fraktion sich stellen wird, muss der heutige oder morgige Tag ergeben. Wir sparen uns alle Prophesien und verweisen nur auf die weiter unten wiedergegebenen Mitteilungen des Herrn Severing in einer Vielesfelder Versammlung der Regierungsparteien. Nach dem, was er dort offenherzig vorgetragen hat, wird den Scheidemannern ein Abbilden vom Wege, den sie einmal eingeschlagen haben, ja nicht ganz leicht fallen. Aber wir sind nicht sicher, ob sie „im Interesse des Deutschen Reiches“

nicht doch noch die — sagen wir — Selbstüberwindung zu einem solchen Entschluss aufbringen werden. Der triste Kontrast zwischen den Mitteilungen Severings und einer solchen Haltung müsste freilich ihren Anhängern blichend in die Augen stehen.

Keine Zweideutigkeit?

In der sozialdemokratischen Mehrheitspresse ist uns unsre Kritik an der Friedenszielsresolution des Mittelblocks selbstverständlich sehr übernommen worden. Die Internationale Korrespondenz erklärt gern nachdrücklich:

Andererseits kann man die Friedensresolution des Reichstages nur, wenn man sie gewaltsam entstellt und verdreht. Stimmt die unabhängige Sozialdemokratie gegen die Friedensresolution, so nicht etwa wegen deren „Unsicherheit und Zweideutigkeit“, die nur im Kopfe des Volkszeitungsbürokraten besteht, sondern weil sie Deutschland unverschuldetes Gebiet und seine volle wirtschaftliche wie politische Freiheit nicht zu erhalten wünscht. Aber die Unabhängigen werden diese Störung der Friedensarbeit doch wohl nicht wagen.

Auf die denunziatorische Unterstellung dieses Angriffs gehen wir natürlich nicht ein. Nebrigens haben wir durch unsre Kritik der Friedenszielsresolution des Mittelblocks noch gar nichts über die Abstimmung der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion gesagt. Wir wissen nicht, ob sie darüber schon einen Entschluss gefasst hat und wie er ausfallen würde. Man kann unter Umständen für eine Abstimmung stimmen, die man für nicht genügend scharf genug hält, wenn sie ein kleineres Uebel darstellt. Deswegen verzichtet man natürlich nicht auf die Kritik an solchem Gebilde.

Die D.A. bestreitet die Berechtigung unsrer Kritik. Wir dürfen uns indes aus das Recht aus, Zentrum und selbst berufen, das unsre Ausschreibungen bestätigt. Die Zentrumsparlamentskorrespondenz, ein Organ, das im Namen der Zentrumsparteileitung zu sprechen berechtigt ist, hat in einem Artikel, der in der *Germania* wie in der *Kölnerischen Volkszeitung* veröffentlicht wurde, also in den beiden führenden Blättern der Zentrumspartei, über die Linie, die die Herren der Mitte bewogen haben, die Friedenszielsresolution zu unterzeichnen, folgendes geschrieben:

Es bestand die Gefahr, dass die Sozialdemokratie die Bewilligung der Kriegsredite abhängig machen würde von der Annahme eines Programms, das man ihrerhand als „Scheidemann-Frieden“ bezeichnet. Das wäre vom Standpunkt unsrer Partei aus den deutschen Interessen abträglich gewesen und schädigend im Ausland wie im Ausland. Darum musste eine positive Formel gefunden werden.

Die Zentrumskorrespondenz stellt also die Friedenszielsresolution in Bezug auf Friedensfrieden. Der Vorwärts aber ist der Ansicht, dass die Resolution den Scheidemannfrieden enthalte. Er meint, dass die Mehrheit ihn zu ihrem Programm gemacht habe. Die *Kölnische Zeitung* hat schon recht, wenn sie auf diesen Bezug aufmerksam macht und bemerkt, man sehe doch deutlich genug, dass Sozialdemokratie und Zentrum mit verschiedenen Forderungen reden. Deutlicher noch als die Zentrumskorrespondenz hat der Zentrumsbundesrat *Vorwärts* in einer Versammlung in Mittenburg dargelegt, was er und Sicherlich auch seine Fraktionsgenossen mit dieser Friedenszielsresolution vereinbar halten. Er sagte, Sie schließe nicht aus, dass Deutschland daraufhin doch Gebietsveränderungen bekomme, auch nicht, dass es eine Kriegsentschädigung erhalten; was schließlich erreicht werde, hänge davon ab, wie die militärische Lage bei Friedensschluss sein werde. *Vorwärts* versicherte außerdem, die Rundschau habe auch die Zustimmung des Kaisers und der obersten Heeresleitung gefunden, und ebenso habe sich der Reichskanzler auf ihren Befehl gestellt.

Was an solcher Ausdeutung vor der Friedenszielsresolution noch übrigbleibt, das brauchen wir unsern Lesern nicht erst zu sagen und sie können nach diesen Zeugnissen ebenso selbst das Urteil darüber fassen, ob die Zweideutigkeit der Resolution „nur in den Köpfen der Volkszeitungsbürokraten“ existiert.

Die Bedeutung der Sozialdemokratie.

Das Berliner Tageblatt bringt unter dieser Überschrift die folgende Mitteilung aus *Vorwärts* vom 18. Juli:

In einer großen Volksversammlung, die einstimmig von der Reichsregierung ein Bekenntnis zu einem Verständigungsfrieden und die sofortige Annahme der preußischen Wahlreform verlangte, machte der Redakteur, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Vielesfeld-Wiedenbrück, Redakteur Severing, über die Vorgeschichte der vielbesprochenen Sitzung des Haupthausschusses und die Rolle, die der Abgeordnete Erzberger dabei gespielt hat, folgende Mitteilungen: „Als

vor drei Wochen der Reichsausschuss der deutschen sozialdemokratischen Partei in Berlin tagte und den Bericht der von Stockholm zurückgekehrten Vertreter der Partei entgegengenommen hatte, trat auf meine Anregung der Parteiausschuss zusammen, um zu untersuchen, was getan werden könnte, um die Reichsregierung zu überzeugen, dass sie sich die Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrates „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ zu eigen machen und insbesondere erklären müsse, dass sie weder im Osten noch im Westen Gebietsverlustungen machen wolle. Am Parteiausschuss waren wir entschlossen, der Fraktion zu empfehlen, die neuen Kriegsredite nicht eher zu bewilligen, bis die Regierung diese Formel angenommen hätte. Die Fraktion schloss sich dieser Auffassung an, und die Regierung wurde nicht im Unklaren gelassen, dass die Sozialdemokratie sie nicht mehr unterstützen könne, wenn sie sich jetzt nicht offen auf den Standpunkt eines Verständigungsfriedens stelle oder sich gar von den Eroberungspolitikern ins Schlepptau nehmen lasse. Die Regierung musste sich klar darüber sein, was eine Ablehnung der Kriegsredite durch und bedeutet. Der Abgeordnete Erzberger hatte von unseren Beschlüssen erfahren, und er hielt jetzt den Augenblick für gekommen, eine einheitliche Annahme zu fordern. Meisttaga gegen die Eroberungspolitiker herbeizuführen. Am übrigen hat Erzberger im Haupthausschuss nichts gesagt, was wie Sozialdemokratie nicht schon fest genauer Zeit in der Deßrettigkeit ausgeführt haben, insbesondere auch über den U-Boot-Krieg und seine Wirkungen in militärischer und politischer Richtung.“

Nach alledem muss man auf das Verhalten der Regierungsparteien in der heutigen Reichstagssitzung nicht minder gespannt sein als auf die Erklärungen des neuen Reichskanzlers.

Eine Hoffnung.

Das Berliner Tageblatt hofft, der Reichstag werde es sich nicht gefallen lassen, dass Herr Dr. Michaelis seine Mitarbeiter erst bestimme, wenn der Reichstag nach Hause geschickt worden sei. Der Reichstag werde den Kanzler darauf aufmerksam machen, dass seine Ausschaltung bei so weittragenden Beschlüssen, wie sie die Berufung der Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen darstellen, nicht möglich sei.

Natürlich müsste der Reichstag so handeln. Ob es aber tun wird? Ob die Hoffnung des Berliner Tageblatts berechtigt ist? Wir werden es alsbald wissen.

Tirpitz an der Arbeit.

Der Staatssekretär a.D. und aldeutsche Führer v. Tirpitz hat seinem Telegramm an *Vorwärts* ein zweites an den Zentrumsführer Spahn folgen lassen. Es lautet:

An Erinnerung an lange verständnisvolle Mitarbeit des Zentrums für die durch unsern Kaiser begründete Weltstellung und Seegeltung Deutschlands halte ich es für meine Pflicht, Ihnen, verehrte Exzellenz, zum Ausdruck zu bringen, dass meines Erachtens die beabsichtigte Friedenszielsresolution in jeglicher oder ähnlicher Fassung von verderblicher Wirkung nach innen und außen für unsre ganze Zukunft sein muß. Dahin im Auslande dadurch eine von uns bestimmte Friedensabstimmung befördert wird, ist meines Erachtens nicht zu erwarten. Am übrigen würde, selbst wenn wir gezwingt wären, einen Frieden ohne Entschädigung und Sicherung zu erstreben, die Friedenszielsresolution das ungeeignete Mittel sein; gerade dann müssten wir nach anderer Methode verfahren. Aber wir brauchen solchen Frieden durchaus nicht zu erstreben. Halten wir uns an die Inversität, die in den Auseinandersetzungen des Feldmarschalls Hindenburg zum Ausdruck gelangt sind. Weder vorübergehende Verschärfungen der Nährungsversorgung noch Sorgen für später in dieser Beziehung drohen uns jetzt veranlassen, die Nerven zu verlieren und nach einem Frieden zu greifen, der unsere Zukunft und zwar ganz besonders die unserer Arbeiterschaft, gefährdet. Wenn die unbedrängte Fortführung des U-Boot-Krieges wirklich nicht heute oder morgen, aber sicher und rechtzeitig den Erfolg bringen, für den wir nach zahlreichen Rundgebungen Eurer Exzellenz kämpfen, Hoffentlich sind Sie ganz wiederhergestellt.

von Tirpitz.

Wir sehen, wie unsre Lefer wissen, zur Friedenszielsresolution des Mittelblocks sehr kritisch, weil wir uns von ihr wegen ihrer mehr bedeutungsfähigen Fassung nicht die Wirkung versprechen können, die ihr Zweck sein sollte. Durch die wilden Angriffe der Aldeutschen wird indes ihre Bedeutung gehoben. Wenn sie auch nicht das sein kann, was sie sein sollte, so wäre ihre Annahme immerhin eine Verurteilung der aldeutschen Eroberungspolitik. Ob es aber zur Abstimmung kommt?

Das Schicksal der „Formelin“.

Berlin, 19. Juli. Wie der *Vokal-Anzeiger* meldet, verlautet in parlamentarischen Kreisen, man halte es für möglich, dass die Friedensformel der Mehrheitsparteien im Reichstag überhaupt nicht

zur Abstimmung gelangt, da angenommen werde, die Erklärungen des neuen Reichskanzlers würden so gehalten sein, daß sich eine Beleidigung über die Friedensformel von selbst erübrige. Das gleiche gelte auch von der Formel, die von nationalliberaler Seite eingefordert wurde und die Zustimmung der Rechten finde. Wenn auch beide Formeln zur Erörterung gestellt werden sollten, so dürfte auf eine formelle Entschließung in dem einen oder andern Sinne verzichtet werden, nachdem Dr. Michaelis den Standpunkt der Regierung erklärt und der Reichstag ihn zur Kenntnis genommen haben wird.

Die National-Zeitung behauptet, es sei gelungen, einen Ausgleich mit den Mehrheitsparteien zu finden. Dr. Michaelis habe den Partei-Erklärungen abgegeben, die ihnen genügen dürften. Die Vertreter der Mehrheitsparteien hätten die Vereinfachung befürwortet, in der Sonderabstimmung nach der Kanzlerrede auf eine lange Debatte zu verzichten und nur kurze Erklärungen abzugeben.

Vom Tage.

Die Konferenz der Alliierten, die sich auf Wunsch der russischen Regierung mit der Revision der Kriegsziele befreien soll, ist nach einer italienischen Meldung um einige Tage verschoben worden. Inzwischen scheint die Bewegung in England, die auf einen Verständigungsfrieden hinzielkt, an Ausbreitung zu gewinnen. Vor einigen Tagen richtete der Abgeordnete Smith im Unterhaus die Frage an die Regierung, ob irgend ein Abkommen mit Belgien bestehé, durch das Belgien für den Fall eines Sieges der Verbündeten in Europa ein größeres Gebiet erhalten würde, daß über seine frischeren Grenzen hinausgehe. Balfour verneinte diese Frage. Smith fragte weiter, ob die neue russische oder die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu dem in der Note der Verbündeten an den Präsidenten enthaltenen Vorschlag über Elsaß-Lothringen gegeben hätten. Balfour antwortete, es sei ihm nicht bewußt, daß irgendwelche Regierungen wegen dieser Vorschläge irgendwelche Rückführungen getan hätten. Smith sagte hierauf, der Arbeiter- und Soldatenrat in Russland hätte bekanntgegeben, daß er seinerlei Vorschlägen zustimmen könne, durch die die Bevölkerung der beiden Provinzen nicht die Möglichkeit habe, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Der Bericht über diese Aussprache sagt nichts darüber, ob Balfour auf die leichte Vermutung Smiths noch geantwortet habe.

Eine andre bemerkenswerte Neuerung, die auf das Wählen der Friedensströmung in England schließen läßt, findet sich in den liberalen Londoner Daily News. Das Blatt äußert sich zu der deutschen Krise. Die meisten englischen Blätter schlagen ihre Bedeutung gering an oder erklären doch, daß sie den Frieden nicht näherbringe, daß England auch bei einer Demokratisierung Deutschlands seine Kriegsziele nicht herabnehmen könne, daß die Kündigungen in den deutschen Zuständen nur ein Scheinmanöver seien, eine Falle für den Verband, um den Verständigungsfrieden zu erlangen usw. Die Daily News haben ein vernünftigeres Urteil. Sie stellen die Krise als Folge des Eindrucks der russischen Revolution und der Erklärung Amerikas hin, daß die Verbündeten nur gegen das autokratische System Krieg führen. Lloyd George in Glasgow abgegebene Erklärung bezüglich eines demokratisierten Deutschlands geht dieser Erklärung weiteren Nachdruck, und offenbar sieht sich jetzt endlich der wahre Begriff vom Sinn des Krieges in den deutschen Hälften durch. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Ist das der Fall, so dürfte das Kriegsende nahe bevorstehen, und zwar um so rascher, je früher die Verbündeten die dem russischen Vorschlag einer baldigen Revision der Kriegsziele annehmen.“

Das liberale Blatt, das in der englischen Presse eine bedeutende Stellung einnimmt und in der liberalen Partei starken Einfluß hat, fordert also eine Abänderung der Kriegsziele des Verbandes im Sinne der russischen Regierung, d. h. den Verzicht auf Eroberungen, wenn Deutschland eine entsprechende Haltung einnimmt. Diese Friedensströmung in England gilt es zu stärken.

Das englische Kabinett macht wieder eine Kritik durch. Vor einigen Tagen ließ sich ein Berliner Blatt melden, daß die Misskommunikation gegen Lloyd George im Wahnen bestanden sei, und daß er sich wahrscheinlich nicht mehr lange an der Spitze der Regierung halten könne. Als sein Nachfolger wurde bereits Bonar Law genannt. Jetzt wird berichtet, daß eine Um- und Neuorganisation im britischen Kabinett vorgenommen worden ist. Carson, ehemals Führer der Ulsterrebeln, der bisher an der Spitze der Flotte stand, wurde zum Mitglied des Kriegskabinetts ohne Portefeuille ernannt. Diese Ernennung soll vielleicht dazu dienen, eine Annäherung zwischen den irischen Nationalisten und den Ulsterleuten zu ermöglichen; die Lösung der irischen Frage läßt sich nicht länger hinausschieben, die Regierung wird den breiten weiteren Zugeständnissen machen müssen, deshalb erscheint es ihr wahrscheinlich zweckmäßig, Carson in der Spitze des Kabinetts zu wissen. Als einen weiteren Versuch Lloyd Georges, seine Stellung zu festigen, kann man die Ernennung Churchill zum Munitionsminister ansehen. Churchill ist lange Zeit hindurch in einem Teil der deutschen Presse als eine Art politischer Hansampf in alten Dingen angesehen worden, und er ist für eine Reihe militärischer und maritimer Misserfolge verantwortlich gemacht worden. In England scheint man aber seine Fähigkeiten höher einzuschätzen. Er hat, solange er nicht mehr der Regierung angehörte, im Parlament wiederholt scharfe Kritik an politischen und militärischen Maßnahmen geführt. Vielleicht war es gerade das, was Lloyd George bestimmte, Churchill wieder ins Kabinett zu berufen und ihm das wichtige Amt eines Munitionskönigsteins zu übertragen. Lloyd George würde dadurch einen Kritiker im Parlament losgeworden sein; es könnte sich aber ergeben, daß gerade Churchills Tätigkeit im Kabinett zu dessen Untergang beiträgt.

Alarmierende Nachrichten kommen aus Russland. Am Dienstag ist es zu einer großen bewaffneten Kundgebung gegen die Regierung gekommen, die angeblich von den Bolschewiki ausgegangen und an der sich auch viele Soldaten in Uniform beteiligt haben. Bemerkenswert ist das Dementi, das der Ministerpräsident an die Regierungskommissare in der Provinz verfaßt hat. Es steht in Abrede, daß die Gerüchte über eine Verhaftung der Minister der vorläufigen Regierung falsch sind.

Soll das besagen, daß die andern in Petersburg liegenden Regimenter sich den Kundgebungen gegen die Regierung bereits angeschlossen haben und daß befürchtet wird, daß auch diese Regimenter der provisorischen Regierung untertan werden? Die bewaffnete Kundgebung in Petersburg ist als die erste Reaktion auf den Besuch der Regierung zur Durchführung einer Offensive anzusehen; ob sie von den Bolschewiki eingeleitet worden, oder als impulsiv Bewegung der Massen entstanden ist, ist noch nicht klar.

Die provisorische Regierung sieht sich auch noch anderen Schwierigkeiten gegenüber, die aus der ukrainischen Frage entstanden sind. Die drei Minister, die kürzlich aus dem Kabinett zurückgetreten sind, gehören der Kadettenpartei an; sie weigerten sich, die Beschlüsse über die Ukraine anzuerkennen. Noch ein vierter Minister will noch einer Rentemeldung zurücktreten, und zwar der einflussreiche Handelsminister Konowalow. Nach dem Daily News hat der Kriegsminister Kerenski erklärt, daß der Rücktritt der Minister ein Angriff der Kadetten in den Rücken Russlands sei. Solange aber Fürst Lwow noch Ministerpräsident bleibe, besteht die Möglichkeit, ein Koalitionskabinett zu bilden. Es fragt sich nur, ob unter den jetzigen Verhältnissen die andern bürgerlichen Mitglieder der Regierung, insbesondere die Angehörigen der Oktobristenpartei, sich noch lange werden halten können. Aus dem Ausscheiden der Kadetten könnte man schließen, daß diese Partei den Zusammenbruch der jetzigen Regierung heraufkommen sieht und sich beizelten von den Verantwortlichkeiten freizumachen sucht.

Aus Portugal werden wieder schwere Unruhen gemeldet. Offiziell wurde bisher nur mitgeteilt, daß die Regierung und die Kammer die verfassungsmäßigen Bürgerschaften aus dreieinhalb Tagen ausgehoben habe. Das bedeutet die Verhängung des Verlagerungszustandes über das Land. Nach privaten Meldungen sind die Unruhen aus der wirtschaftlichen Bedrängnis der arbeitenden Bevölkerung hervorgegangen und gegen die Arbeiter richten sich auch offenbar die Unterdrückungsmaßregeln. Die Arbeiter verlangen Lohnanpassungen, in verschiedenen Fällen ist es bereits zu umfangreichen Arbeitseinstellungen gekommen, man erwartet den Ausbruch eines Generalstreiks. Es zeigt sich wieder in Portugal, daß auch eine Republik, wenn sie von der Bourgeoisie beherrscht wird, für die Wünsche der Arbeiter nicht viel mehr übrig hat, als die Flinte und den Säbel.

In Frankreich kam man sich noch immer nicht dazu entschließen, mit dem, die minderbemittelte Bevölkerung so schwer belastenden System der indirekten Steuern endgültig zu brechen und die Einkommensteuer einzuführen. Schon vor dem Kriege war es zu heftigen parlamentarischen Debatten wegen der Einkommensteuer gekommen. Einen Nachhall aus diesen Debatten erlebte die Kammer am Dienstag, als die Einführung einer Kopfsteuer, deren Ergebnis auf 45 Millionen Franc geschätzt wird, zur Beratung stand. Zum erstenmal ergriff der schwere Finanzminister Caillaux, der seit der Erschöpfung des Herausgebers des Figaro, Calmette, durch seine Frau im Hintergrunde gestanden hatte, wieder das Wort. Caillaux ist einer der eifrigsten Befürworter der Einkommensteuer; er wiedelichmal besonders darauf hin, daß durch die Kopfsteuer die Arbeiter ebenso viel zahlen müßten wie die Reichen. Durch die Steuer würden 500 000 bisher steuerfrei gebliebene Personen getroffen werden, sie würde im Lande verstummen. Die Vorlage der Regierung wurde trotzdem angenommen, wie groß die Mehrheit darin war, erfährt man nicht.

Eine neue Friedenskundgebung des Papstes steht bevor. Nach Basler Blättern wird in vatikanischen Kreisen versichert, daß der Papst am Jahrestage des europäischen Kriegsausbruches eine neue Note mit einem nochmaligen Friedensvorstellung veröffentlichen werde.

Die bisherigen Friedenskundgebungen des Papstes hatten deshalb keinen Erfolg, weil der höchste Führer der katholischen Kirche weder eine wirtschaftliche noch eine politische Macht repräsentiert. Die Geschicke der Völker werden eben nicht von Glaubenssägen und religiösen Idealen geleistet.

Die Hellenische Union in der Schweiz hat an die zu den Stockholmer Konferenzen entstandene Abordnung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates und an die provisorische Regierung in Petersburg Telegramme gesandt, worin sie darum bitten, daß auf der Stockholmer Konferenz auch die Interessen des griechischen Volkes vertreten werden. Es soll gegen die Maßregeln der Entente protestiert und dem folgenden Programm zugestimmt werden:

1. Wiederherstellung der vorletzten Freiheiten, die durch die griechische Konstitution gewährleistet sind, und zwar:

Rückkehr aller Vertriebenen, volle Freiheit, Wiederin-

lebung der unabsehbaren Rechte und Verwaltungsbeamten.

2. Entfernung der fremden Armeen, der fremden Kontrollorgane und der fremden Polizei.

3. Die bindende Verpflichtung der Entente, sich nicht mehr in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzumischen, und welches auch immer das Potentat des griechischen Volkes sein möge, nicht mehr durch die Macht das unabhängige Land zu bedrängen.

4. Einschaltung einer neutralen Kommission zur Durchführung der Sicherung der vorerwähnten Maßnahmen.

Die Lage in Russland.

Ein falsches Gerücht.

Petersburg, 18. Juli. (W. T. B.) Ministerpräsident Fürst Lwow hat gestern an alle Regierungskommissare in der Provinz eine Drohung gerichtet: Als Antwort auf Ihre Anfrage beim Ministerium des Innern seile ich Ihnen mit, daß die Gerüchte über eine Verhaftung der Minister der vorläufigen Regierung falsch sind.

Bewaffnete Kundgebung in Petersburg.

Amsterdam, 18. Juli. Neuer meldet aus Petersburg vom 17. Juli: Gestern abend kam es zu einer großen bewaffneten Kundgebung, die von Maximalisten in Szene gesetzt war. Stundenlang durchzuhören Automobile mit Soldaten, Matrosen und Soldaten, die mit Gewehren bewaffnet waren, die Stadt. Am Neubörs-Prospekt wurde geschossen, mehrere Personen wurden dabei getötet. Das erste Maschinengewehrregiment soll den Aufmarsch hauptsächlich verursacht haben. Unter den Man-

sstanten befanden sich Abteilungen der Grenadierregimenter Pawlowski und Modrow. Die Soldaten besetzten die Druckerei der Novoje Wremja und erzwangen die Veröffentlichung eines Aufrufs an das Volk, die vorläufige Regierung zu stürzen. Das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates verurteilte die Bewegung als die Revolution gefährdet. Unzählige mit Maschinengeweren bewaffnete Frachtwagen gehen nach dem Landhaus der Tänzerin Kreshinskaja, wo sich das Hauptquartier des ersten Maschinengewehrregiments befindet. Die Regimenter Wolinski, Petrowski, Dmowski und Simeonowski sind noch ruhig. Die Garde in Oranienbaum, Barsoje Selo und Peterhof richten sich nach den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Ein Aufruf an die Soldaten und Arbeiter.

Petersburg, 17. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Vollziehungsausschüsse des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg folgenden Aufruf gerichtet: „Unbekannte Personen fordern euch in Widerstand mit dem allgemeinen und einschlägigen Willen, den der sozialistischen Partei nicht ausgenommen, auf, mit den Waffen in der Hand auf die Straße zu gehen und so gegen die Auflösung der Regimenter Einspruch zu erheben, die sich an der Front durch verbrecherische Verleugnung ihrer Pflicht gegen die Revolution entzieht haben. Wir, die Vertreter der revolutionären Demokratie ganz Russlands, erklären euch, daß die Auflösung der Regimenter auf Verlangen der Soldatenausschüsse und auf Befehl des Kriegsministers Kerenski, eures Erwähnten, geschahen ist. Jedes Vorgehen zugunsten der aufgelösten Regimenter ist demnach gegen uns alle gerichtet, die ihr Blut an der Front vergießen. Wir erinnern euch daran, daß keine militärische Einheit mit den Waffen in der Hand auftreten darf ohne besondere Ermächtigung des Oberbefehlshabers, der sich in Übereinstimmung mit uns befindet. Wir erklären alle, die diesen Befehl verstehen, für Verräter und Feinde der Revolution und treiben alle Maßnahmen, die uns zur Verfügung stehen, um diesen Befehl durchzuführen.“

Gleichzeitig hat die vorläufige Regierung die folgende Bekanntmachung ausgeschlagen lassen: „Angesichts der bewaffneten Kundgebung gewisser militärischer Einheiten am 18. Juli und in der Nacht zum 17. Juli, in deren Verlauf eine Anzahl von Personen verwundet wurde, werden alle Kundgebungen verboten.“

Das ukrainische Problem.

Petersburg, 17. Juli. (Neuermeldung.) Die Regierung beschloß, ein besonderes Generalsekretariat als höchste Instanz der Volksverwaltung der Ukraine zu schaffen. Der Rücktritt der russischen Minister hängt mit dem ukrainischen Problem zusammen. Die abtretenden Minister weigerten sich, sich mit den Beschlüssen über die Ukraine einverstanden zu erklären, da nach ihrer Meinung nur die konstituierende Nationalversammlung über die Beziehungen der Ukraine zu dem übrigen Russland entscheiden könne.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 18. Juli. Amlich. Durch eines unserer U-Boote wurden im Englischen Kanal neuerdings drei Dampfer und zwei Segler vernichtet. Darunter befanden sich zwei bewaffnete beladenen Frachtdampfer englischer Nationalität und der englische Dreimast-Schooner Oscar Bell.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Angriff auf die deutschen Handelschiffe.

London, 17. Juli. (W. T. B.) Die Admiralität gibt bekannt: Einige unserer leichten Kreuzer, die in der Nordsee patrouillieren, schickten gestern vormittag eine Anzahl deutscher Dampfer, machten ihnen Signal: Anhalten! von Bord gehen! und feuerten ihnen quer vor dem Bug. Der Befehl wurde nicht befolgt, die Schiffe flüchteten in der Richtung auf die niederländische Küste. Zwei erreichten, durch unter Feuer schwer beschädigt, das Ufer, die übrigen vier wurden abgeschossen und gesunken. Unsre Kreuzer, welche U-Bootmannschaften an Bord zeigten, schickten sie unter eigenem Dampf fort. Zwei von diesen Schiffsschätzungen verließen ihre Schiffe, die andern beiden wurden gefangen genommen. Die vier Schiffe liegen in einem Hafen unseres Landes: sie heißen Peilworm, Brixham, Marien-Horn und Helga Blumberg.

Amsterdam, 18. Juli. (W. T. B.) Der deutsche Dampfer Renate Leonhardt, der bei Bergen gestrandet war, wurde wieder festgemacht und nach Hmilden gebaut.

Haag, 18. Juli. (W. T. B.) In einer amtlichen Meldung des Marineministeriums heißt es, daß zwei der deutschen Handelschiffe, nachdem sie schon an Strände festgesunken waren, von den Engländern noch immer beschossen wurden. Mehrere Granaten fielen auf Land. Es steht fest, daß der Angriff innerhalb der niederländischen Hoheitsgewässer stattgefunden hat.

Japanische Kanonenboote im Mittelmeer.

Solonits, 17. Juli. (Neuermeldung.) Japanische Kanonenboote sind im Mittelägyptischen Meer angelangt.

Nudendorff über den U-Boot-Krieg.

Berlin, 18. Juli. Wolfs Bureau teilt mit: Wie wir hören, hat bei den Befreiungen über die militärische Lage, die in Berlin zwischen Oberster Heeresleitung und Mitgliedern des Reichstags stattfanden, General Nudendorff über den U-Boot-Krieg u. a. folgendes gehabt: Bei der Obersten Heeresleitung war für die Führung des U-Boot-Krieges zunächst der Befehl bestimmend, die feindliche Kriegswirtschaft, und namenslich die Militärsonderregierung, zu treffen. Die Westarmeen haben durch die U-Boote eine wesentliche Entlastung erfahren. Die feindliche Militärsonderregierung ist gemindert, die U-Boote haben diese Aufgabe erfüllt. Das Zusammenwirken der Marine mit der Armee stellt sich somit als musterhaftig dar, entsprechend den ungeheuren Verhältnissen des Weltkrieges, in dem wir noch mit beiden Füßen stehen.

Die Oberste Heeresleitung erwartete von dem U-Boot-Krieg ferner, daß er die Kriegsfähigkeit Englands durch Verminderung des Brachtraumes auf dem Weltkrieg und durch die sich daraus ergebenden Vorteile trüge. Die Erfüllung auch dieses zweiten Wunsches werde kommen und damit — trotz Amerika — die Beendigung des Weltkrieges und der auch von der Obersten Heeresleitung gewünschte Friede.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Die russischen Tagesberichte

vom 18. Juli. Westfront: An der unteren Donau Gewehrfeuer und Artilleriekampf. Nordöstlich von Kalugz machen die Deutschen am Morgen des 18. Juli erbitterte Angriffe und versuchten unsre Truppen über die Donau zu zurückzuwerfen. Schwach an Zahl, aber stark an Mut, wies das Infanterieregiment Kinburn, gegen dessen Abhaken die Hauptmasse der Deutschen anstürmten, die Angriffe ab. Der Befehlshaber des Regiments Kinburn, Oberstleutnant Simonowski, wurde verwundet. Vorigerufen durch den tapferen Hauptmann Iljow, der den Befehl des Regiments übernahm, ergreifte dieses die Offensive und warf den Feind zurück, wobei es ihm Verluste zufügte und Gefangene und Maschinengewehre einbrachte.

Der Kampf auf der Front Lanskoe-Udziyan-Krasna hielt den ganzen Tag über an. Nach heissem Kampf wurden die Deutschen

reicher und dem Dorfe Odziany vertrieben und gegen die Romnica zurückgetrieben. Aber unter dem Druck der von Romanoff angelegten Reserven und im Hinblick auf die hohen Verluste unseres Offizierkorps wurden unsre Truppen gezogen, ein wenig zurückzuweichen und sich am östlichen Ende von Odziany festzusetzen. Bei dem Kampfe am 15. Juli machten wir 18 Offiziere und etwa 800 Leutnants und Deutsche zu Gefangenen und erbeuteten einige Maschinengewehre. Die Gesamtzahl der Gefangenen und der Verluste vom 1. bis 13. Juli beträgt 884 Offiziere, 85 800 Mann, 93 schwere und leichte Geschütze, 28 Grabenbrecher, 403 Maschinengewehre, 44 Minenwerfer, 45 Bombenwerfer, 3 Flammenwerfer, 2 Flugzeuge und eine große Masse verschiedener Ariegsmaterialien.

Westfront, 17. Juli. Nordöstlich von Kalusz machten die Deutschen seit dem 10. Juli ständig harter Angriffe, die durch unsre Truppen abgewiesen wurden. Aus taktischen Gründen wurden unsre Truppen, die das rechte Ufer der unteren Romnica besetzten, auf das linke Ufer der unteren Romnica gesetzt, wobei sie zwar Kalusz räumten, jedoch die wichtigen Flussübergänge schützen. In der Gegend Nowica-Odziany-Krasno setzten unsre Truppen weitere Angriffe an, um den Feind über die Romnica zurückzuwerfen; der Feind leistete erbitterten Widerstand. Gegen Abend ergrißt seine leicht gestaffelten Massen vom Dorf Berloch-Kamenka aus die Gegenoffensive. Anfangs schlugen sie unsre Truppen zurück und besiegen das Dorf Devka. Frisch eintretende Reservemannschaften waren den Gegner aus dem genannten Dorf wieder hinaus. Abgesehene einklassische Reiterregimenter beteiligten sich tapfer an der Abwehr der feindlichen Angriffe. Am Verlauf der Angriffe erlitt der Feind starke Verluste. An der übrigen Front Gewehrfeuer.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Die Konferenz der Alliierten.

Bern, 18. Juli. (W. T. B.) Corriere della Sera erzählt aus Rom, daß die Pariser Konferenz der Alliierten, die für den 19. Juli angesetzt war, um einige Tage verschoben wurde. Man nimmt an, daß die Zusammenkunft am 23. Juli stattfinden wird, falls nicht die Mitglieder der englischen Regierung infolge der Sitzungen des Unterhauses noch länger in London zurückgehalten werden.

Deutschland.

Aus der Lust gegriffen.

Berlin, 18. Juli. Wolffs Bureau teilt folgendes mit: Von böswilligen Schwärmern werden Gerüchte verbreitet, die von Unruhen in Berlin im Anschluß an einige Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten zu erzählen wissen. Sie das W. T. B. dazu von zuständiger Stelle erfährt, sind diese Gerüchte aus der Lust gegriffen. Tatsache ist nur, daß sich am Dienstagabend im Norden Berlins von einem Versammlungsort aus ein Zug von noch nicht 500 Personen in Bewegung setzte, der sich bald von selbst zerstreute. Viele Teile dieser Menge begaben sich mit Omnibussen und den Straßenbahnen nach dem Stadtinneren und versuchten dort unter Führung eines bekannten Landtagsabgeordneten in der üblichen Weise durch Paken zu demonstrieren. Diese Truppe, in Stärke von zusammen noch nicht 200 Personen, wurde durch die Polizei mitselbst und ohne jeden Zwischenfall südwärts und nordwärts der Linden zerstreut. Dem Urheber der überlebenden Gerüchte wird von Seiten der Behörden noch gegangen.

Eine Überwachungsstelle für Gemüse und Obst ist bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, alle Fabriken und Betriebe für die Herstellung von Obstsorten und Obstzusätzen, Sauerkraut, Überzimse, Weinobst und Obstgemüse, sowie diese den hierfür ins Leben gerufenen Ariegsgesellschaften angeschlossen sind, zu überwachen. Die Tätigkeit dieser Überwachung wird hauptsächlich auf technische Betriebsverrichtungen, Beschaffenheit der erzeugten Fabrikate und die Anhaltung der festgestellten Schäden und Preise sich erstrecken, doreben aber auch einer eingehenden Prüfung der Wirtschaftlichkeit zuwenden. Durch eine erhebliche Anzahl von mit Ausweisen versehenen Reisebeamten, die teils buchhaltungstechnisch vorgabiliert, teils sachverständig in dem betreffenden Geschäftszweige sind, wird diese Überwachung über das ganze Reich ausgedehnt. Auf diese Weise hofft die Reichsstelle für Gemüse und Obst, in laufenden Geschäftsjahr noch mehr als bisher das mit den Verordnungen vom 5. August 1918 über die Verarbeitung von Obst gestellte Ziel zu erreichen und etwaigen Widerständen in einzelnen Betrieben vorzubeugen. Die Überwachungsstelle hat ihre Tätigkeit schon aufgenommen.

Großbritannien.

Neue Minister.

London, 17. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Carson ist zum Mitglied des Kriegskabinetts ohne Portefeuille ernannt, Addison als Minister ohne Portefeuille mit der Aufsicht des Werberaufbaues betraut, Montague zum Staatssekretär für Indien, Churchill zum Munitionsmünister und Sir Eric Geddes zum ersten Lord der Admiralsität ernannt worden.

Portugal.

Aushebung der Verfassungsbürgschaften.

Lissabon, 18. Juli. Havas meldet: Die Kammer hat die Vorlage angenommen, die die Aushebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften für dreißig Tage vor sieht.

Amsterdam, 18. Juli. (W. T. B.) Nach einem heftigen Blatt melden die Times aus Lissabon, daß wahrscheinlich ein einstelliger Aufstand stattfinden wird als Protest gegen die Unterdrückung der Arbeiterunruhen. Die Angestellten der Straßenbahnen, die Zollierschiffer und Metallarbeiter haben die Arbeit niedergelegt.

Spanien.

Zur Lage im Innern.

Madrid, 18. Juli. (Havas-Meldung.) Die Blätter melden die Auflösung des landwirtschaftlichen Vereins. Seit gestern reisen zahlreiche republikanische und reformistische Abgeordnete nach Barcelona ab. Der Hauptchristalleiter des Blattes Parlamentario, der Geistliche Basilio Alvarez, wurde verhaftet. Dato ist gestern abend nach La Granja abgerückt, wo der König sich befindet; er kehrt heute zurück.

Nord-Amerika.

Die Wersten unter Staatsaufsicht.

Bern, 18. Juli. (W. T. B.) Der Matin meldet aus New York: General Goethals gibt bekannt, daß vom 18. Juli an alle Wersten der Vereinigten Staaten den Bundesbehörden unterstehen und die im Bau befindlichen Stahlwerke von der Regierung reguliert werden.

640 Millionen Dollar für Flugzeuge.

Washington, 17. Juli. (Reuter.) Der Militärausschuß des Senates beschloß nach dreiviertelstündigem Sitzung einen austimmenden Bericht über die Regierungsvorlage, die 640 Millionen Dollar zum Bau von Flugzeugen verlangt.

China.

Die Deutschen in Peking.

Berlin, 18. Juli. (W. T. B.) Die niederländische Regierung ließ außeramtlich mitteilen, daß nach einem Telegramm des niederländischen Gesandten in Peking bei den dortigen Kämpfen Deutsche nicht verletzt worden sind.

Der deutsche Tagesbericht.

(Für einen Teil unserer Ausgabe wiederholt.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern war an der Küste stark; von der Yser bis zur Lys hat er sich gegen die Vorlage erheblich gesteigert.

Zwischen Hollenbeck und Warneton sind englische Erdungsvorstände im Nahkampf abgeschlagen worden.

Am La Bassée-Kanal, bei Poed und Lys, sowie auf beiden Ufern der Scarpe war das Feuer in den Abendstunden lebhaft. Bei Einbruch der Dunkelheit griffen die Engländer nördlich der Straße Arras-Tambrai an; sie wurden bis auf eine schwere Einbuchtung westlich des Noord du Vert zurückgeworfen. Heute morgen wurde ein englisches Battalion, das nördlich von Cresnon vordeang, durch Feuer vertrieben.

Heeresgruppe Kronprinz.

Längs der Aisne und in der Champagne blieb bei trübem Wetter die Feuerstärke mehr gering.

Auf dem unter Maas-Ufer wurde tapfer gekämpft. Nach dreifachiger Störung der Artilleriewirkung griffen die Franzosen in fünf Kilometer Breite vom Malancourt-Walde bis zum Grunde westlich des Toile de Manne an. An der Südseite des Waldes von Malancourt und beiderseitig der Straße Malancourt-Esnes drangen sie nach erbittertem Kampf in die von uns längst dort gewonnenen Gräben; im übrigen sind sie zurückgeworfen worden. In abends erneut vorbrechendem Ansturm suchte der Feind seinen Gewinn zu erweitern; dieser Angriff brach ohne Erfolg verlustreich zusammen.

Ostlich der Maas war das Feuer lebhafter als sonst.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Erhöhte Geschäftstätigkeit herrschte bei Riga, sowie südlich von Danzig und Elbing.

In Ostgalizien war das Feuer bei Brzezany stark. Im Karpathen-Bogen nahmen im gemeinsamen Angriff bosnische und kroatische Truppen die von den Russen jahrs verließigen Höhen südlich von Nowica und wiesen in den erzielten Stellungen russische Gegenangriffe ab.

Auch an den andern Stellen der Romnica-Linie wurden die Russen in örtlichen Kämpfen zurückgedrängt.

An der

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen ist ein allmäßliches Auftreten der Feuerstätigkeit besonders zu beobachten des Eustatiales und längs der Putna und Sereth merkbar.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartermaster: Lubendorff.

Berlin, 18. Juli, abends. Amtlich.

Starke Feuerkämpfe in Flandern. Sonst nichts Wesentliches.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 18. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Südlich von Kalusz erweiterten kroatische Heerstruppen und bosnische Battalionen im Angriff ihre vorgestern erkämpften Erfolge durch Einnahme einer Höhe bei Nowica. Ostlich von Kalusz wurde die Säuberung des linken Romnica-Ufers abgeschlossen.

Sonst auf keinem Kriegsschauplatz Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Aus der Partei.

Die französische Minderheit und die Stockholmer Konferenz.

Die französischen Minderheitssocialisten verlangen erneut die Pässe für Stockholm. Im Journal du Peuple vom 10. Juli wendet sich Raoul Verzeni gegen die Haltung der sozialistischen Mehrheit, die den einstimmigen Beschluß zur Beschildung der Stockholmer Konferenz liegt unter allerlei Vorwänden rückgängig zu machen sucht. Der Wortlaut dieses Beschlusses sei indessen völlig klar und lasse keinerlei Verschiedenheit der Auslegung zu. Er besagt, daß man nach Stockholm gehen müsse, um den Volksfrieden und die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen vorzubereiten, nicht aber, um eine Antwort auf den Fragebogen des holländisch-schwedischen Komitees niederzulegen und um alle möglichen Bindungen zu formulieren, die vor dem Eintritt in die Verhandlungen erfüllt sein müßten. Der Nationalrat hat vor mehr als einem Monat stattgefunden, aber noch immer haben wir unsere Pässe nicht; auch sind keinerlei ernsthafte Bemühungen unternommen worden, sie zu erhalten. Es scheint sogar Leute zu geben, die sehr zufrieden damit sind, daß sie nicht bewilligt werden. Das ist eine Lage, die nicht länger andauern kann. Die Partei hat die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen einstimmig beschlossen...

Der Chef des Generalstabes.

Die Friedenskonferenz in Stockholm fand vielen Wohlstand. An einer Resolution, die im Sinne des Referats gehalten war, wurde auch die verächtliche Saalverweigerung gelehnt. Der Anfang der oppositionellen Bewegung im Wahlkreis ist gut, das weitere muß die ehrige Arbeit aller Mitglieder schaffen.

Über ein „außerordentlich zutreffendes Urteil“ berichtet die F. A. wie folgt:

Ein Urteil gegen die Bremer Unabhängigen. Die Bremer Unabhängigen klagen vor der Ersten Abteilung des Landgerichts Bremen gegen das Bremer Parteigeschäft Schmalfeld u. Co. auf Ausschluß eines Parteilehns von 20 000 Mark, das die Parteiorganisation einer dem Parteiunternehmen gegeben hatte. Die Klage wurde abgewiesen und der Vorlesende, Landgerichtspräsident Hobermann, führt in der Urteilsbegründung außer formalen Abwehrgründen sachlich aus, der Verein, der jetzt das Recht haben wolle, sei nicht identisch mit dem einzigen sozialdemokratischen Verein, der eben das Parteiangebot habe. Der jetzt klagende Verein habe nicht nur die Bremer Bürgerzeitung als Parteiorgan ausgegeben, sondern auch den Anschluß an die allgemeinen sozialdemokratischen Parteien Deutschlands. „Dieser Anschluß war aber“, führt die Urteilsbegründung weiter fort, „die Grundlage des ehemaligen sozialdemokratischen Vereins, der nach seinem Statuten nach Maßgabe des Organisationsstatutes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die spezielle Parteiorganisation Bremens bildete und dessen Zweck es war, Ausschluß über Grundsätze und Forderungen dieser Partei zu verbreiten. Wenn gleichzeitig mit dem Antritt einer bedeutenden Minderheit die Zwecke und Ziele des Vereins so grundlegend geändert wurden, so liegt es nahe, zu sagen, daß damit der bisher bestehende Verein ausgelöscht ist und daß auch die (unabhängige) Mehrheit des Vereins nicht mehr repräsentiert, selbst wenn sie den Namen des alten Vereins weiterführt.“

Das Urteil erscheint und außerordentlich zutreffend; es ist die juristische Formel dafür, daß ausführlich Sozialdemokrat zu sein, wer sich von der Organisation der Gesamtpartei loslöst.“ Das Entzünden der F. A. ist verständlich. Und scheint das Urteil eine große Lücke zu haben, es fehlt nämlich eine Untersuchung darüber, ob die „allgemeine sozialdemokratische Partei Deutschlands“, von der sich der klagende Verein losgelöst hat, noch eine sozialdemokratische Partei ist.

Die Akteur „Mehrheit“.

Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung bringt soeben einen Jahresbericht aus dem Kreise des „Herrn Legion“. Da der selbe einen interessanten Einblick in die „Stärke“ der Regierungssocialisten des Kreises bietet, mögen einige Zahlen festgehalten werden. Die Mitgliederzahl ist selbstverständlich zurückgegangen; lassen wir die zum Heerabstand eingezogenen aus dem Spiele, so verbleben 4802 männliche Mitglieder, ein Minus von 802. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist um 282 zurückgegangen, sie betrug am 31. März 1910, insgesamt also ein Rückgang von 1054 Mitgliedern. Hierin sind nun die Eingezogenen weggelassen, ob sich diese aber für die „stetigere Mehrheitspolitik“ entscheiden, ist wohl sehr zweifelhaft. Von dem momentanen Stand der Organisation erhält man aber aus diesen Zahlen kein richtiges Bild, denn die Gründung des „Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins in Kiel“ erfolgte zu einer Zeit, als der obige Jahresbericht fast fertig war, viele Mitglieder, wenn nicht alle, die jetzt unserer Organisation angehören, werden auch dort noch als Mitglied gerechnet sein. So findet man auch den Ortsverein Bredenbek noch im Bericht vor, der aber, wie er innerlich sein wird, durch Versammlungsbeschluß zur Unabhängigen Partei übertrat. Die 100 Männer der letzten Versammlung wo auch der glänzende Meissner der Regierungssocialisten bei der Gemeindevertreterwahl in Friedrichsort, wo unser Genosse gegen nur wenige Stimmen gewählt wurde, geben zweifellos ein besseres Bild als obige Zahlen.

Mehrheitler-Zwecke.

Die Altbürgen werden wieder enttäuscht sein,“ schreibt die Akteur Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, daß der Vertrater seines Kaiserlichen Herrn, der Kronprinz es für richtig gehalten hat, „die Vertreter alle: (im Original geprägt) Parteien, auch unsern Genossen Dr. David zu sich zu bitten, um sich von ihnen Vortrag über die politische Lage halten zu lassen.“ Aus der Notiz leuchtet die Genügsamkeit des Mehrheitsblatts über die neuerrungenen Erfolge. Ob die Arbeiter derselben Meinung sein werden?

Bermischtes.

Swingels Frau mit ihren kleinen Kindern. Der junge Engel so im Alter von fünf bis sechs Wochen beobachtet hat, der weiß, sie sind die niedlichsten Dingier der Welt, wenn sie der Mutter durch Gärten und Heden nachspazieren und mit ihrem schnuppernden Schnäuzchen das raschelnde Grün nach Birken und Astelnlarven durchstreifen, während die Alte der Mütze gräßt. Man muß es selbst gesehen haben, wie hurtig die Angelmutter hinter dem kleinen Jäger her ist und ihn im Auge mit scharfem Griff packt. Hurtig wird das Wildbret zerlegt, und bald sitzt jedes der vier oder fünf Kinder, kniend und leise schmatzend, vor seinem Stükchen, während sich die Alte nach neuer Beute umsieht.

Der Engel kann sich wenig um Welt und Kind; er ist ein rechter Griechen und Einsiedler, und von Pädagogik hält er nicht das geringste. Die Erziehung ruht auf den Schultern der Mutter. Diese hat ihre Sprößlinge in einem versteckten Lager zur Welt gebracht: kleine, unsichtbare, blonde und zahnlose Geschöpfe, nackt die Haut, von den süßen Stäbchen noch keine Spur. Aber schnell wachsen sie in der warmen Kinderstube heran, von der zärtlichsten Mutter gesüngt. Und nun sind schon wirkliche Swingelchen geworden, ganz die Mama, mit Stäbchen und Bähnchen und hell blühenden Auglein — Nostalosten in städtischer Hölle. Jeder muß den niedlichen Dingern gut sein.

Der Engel kann schwer um sein Dasein zu kämpfen; er ist in den letzten Jahrzehnten viel seltener geworden als früher. Gewiß, die Censur 1 in den Sitten verdient er nicht; manches bodenständige Geschöpf mit Eiern und Brüdern läßt ihm zum Opfer, und der Jäger, der nur an die Melchhuhn- und Jasangengelege seines Reviers denkt, ist nicht gut auf ihn zu sprechen. Aber für den Landwirt ist der Engel als Mäusevertilper von hohem Nutzen, und daß er außerdem die Kreuzpflasterplage bekämpft, soll man auch nicht vergessen. Also Schutz unsern städtischen Freund! Es wäre doch traurig, wenn unsere Kinder und Enkel, denen die Märchen und Fabeln so hübsche Geschichten vom Engel zu erzählen wissen, dem Stachelsträger in freier Natur nie mehr begegnen sollten.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten
für die Volkszeitung!

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Eugen Prager, Quaeschitz bei Leipzig.

Berantwortlich für den Anseratenteil:
Aug. Lehmann Leipzig.

Druck und Verlag: Leipzigischer Buchdrucker Aktiengesellschaft
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Amtliche Bekanntmachungen.

★ Verkauf von Quark und Käse unter städtischer Aussicht.

Auf die Marken 10, 11 und 12 der Landessperrkarte für Magernmilch, Quark und Käse wird je 1 Einheitsquartkäse oder je ein Achtpfund holländischer Käse (Goudakäse) oder je ein Viertelpfund Quark zugelassen; ein Wahlrecht steht niemandem zu. Der Preis beträgt für einen Quarkkäse in Einheitsform 15 Pf., für 1 Pfund Speisequark 82 Pf. und für 1 Pfund holländischen Käse 2 M. 60 Pf.

II.

Bedarfsanmeldung und Abgabe der Marken 10, 11 und 12 durch die Verbraucher in den durch Schilder mit dem Ausdruck "Verkauf von Käse unter städtischer Aussicht" kennlich gemachten Geschäften.

Donnerstag, den 19., bis Sonnabend, den 21. Juli.

Die Marken 10, 11 und 12 sind möglichst ungetrennt einzurichten.

III.

Einführung der Bezugskarten in der Bezugsscheinstelle durch die Kleinhändler.

Montag, den 23. Juli

in der bekannten Ordnung. Auf dem Lieferchein ist jede Marke mit 62½ Gramm zu berechnen.

IV.

Die Bezugskarten sind von den Kleinhändlern sofort nach der Entnahme gegen Quittung an einen der in den Bekanntmachungen vom 31. Mai und 23. Juni 1917 aufgeführten Obmänner abzuliefern.

Die Obmänner haben auf die bei ihnen abgegebenen Bezugskarten

Dienstag, den 24. Juli, nachmittags 3—5 Uhr

Bezugsscheine bei der Bezugsscheinstelle zu entnehmen und sie unverzüglich an die Leipziger Nährverteilungs-Gesellschaft abzuliefern. Bei dieser sind die Waren auf Auforderung abzuholen und sofort an die Kleinhändler weiterzugeben. Gewichtszuschlag für Obmänner und Kleinhändler wie bisher.

V.

Die Käsekleinhändler haben die empfangenen Waren unverzüglich an die Verbraucher abzugeben und den Beginn der Ausgabe durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufsraum anzukündigen.

Kr.-E.A. III.

Leipzig, am 19. Juli 1917.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Kartoffelausgabe.

Auf die bereits beim Kleinhändler abgegebene Linke Hälfte der Kartoffelmarke mit dem schwarzen Aufdruck J 7 gelangt

1 Pfund Kartoffeln

zur Ausgabe.

Die Bekanntmachungen des Rates über die Einführung des Bestellverfahrens für den Kartoffelbezug vom 19. Oktober 1916 und über den Verkehr mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 finden Anwendung.

Kr.-E.A. IV.

Leipzig, am 18. Juli 1917.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Ahrenreisen in Leipzig-Land.

Auch in diesem Jahre gilt es, alles erbaute Getreide restlos in die Scheuer zu bringen, damit eine ausreichende Ernährung des Volkes sichergestellt wird. Es entspricht daher nur einer vaterländischen Pflicht, wenn sich Personen in großer Anzahl bereit finden, die die auf abgernteten Feldern zurückgebliebenen Ahren sammeln und damit dem Bezirksvorstand alles das eintragen helfen, was seiner Verfügung unterliegt.

Jeder Landwirt wolle die Nachfrage durch rechtzeitige Bekanntgabe der Felder, die zum Ahrenreisen betreten werden dürfen, nach Möglichkeit fördern.

Die Ahrenreiser müssen ihre Tätigkeit auf diese abgeernteten Felder beschränken, auch dürfen sie die gesammelten Ähren nicht in ihrem Interesse und zu ihrem Nutzen verwenden. Die Ähren sind vielmehr entweder an die Gemeindebehörden oder an die Mühlen und die mit dem Aufbau des Getreides betrauten Getreidehändler im Bezirk abzuliefern.

Von diesen Auskunftsstellen wird für gesunde und gereinigte Ware der jeweils gültige Höchstpreis gezahlt.

Ahrenreiser, die die Ähren im eigenen Interesse oder zu eigenem Nutzen verwenden, würden sich nicht nur an der Allgemeinheit vergehen, sondern auch der Gefahr strenger Bestrafung ausgesetzt, da eine solche Handlungswelle unter Umständen nach den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches zu ahnden ist.

Leipzig, am 18. Juli 1917.

Der Bezirksverband Leipzig-Land.

Kranken- u. Begräbniskasse für Schmiede und in der Metallbranche beschäftigte Arbeiter von Leipzig und Umgegend.

Sonnabend, den 21. Juli, abends Punkt 8 Uhr

Ordentliche Generalversammlung

im Saale des Tivoli, Windmühlenstraße.

Zugsordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Richtsprachung der Kassenrechnung. 3. Wahl der Revisoren. 4. Rendierung der Kassenabende und Auszahlung des Krankengeldes. 5. Verschiedenes.

Schriftliche Entschuldigungen sind bis Freitag, den 20. Juli, abends, an den Vorstand Oskar Jäger, L.-Neudörfel, Über Münsterstraße 8, IV, zu richten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Verwaltung.

Glaser!

In der am 14. Juli stattgefundenen Hauptversammlung der Unterstützungsstasse in Krankheits- und Sterbehäusern sind gewählt worden, als Vorstand: Reinhold Gottschalk; Kassier: Hermann Huhn; Schriftführer: Franz Hollig; als Beisitzer: Bernhard Schulze, Otto Reinhardt, Richard Rehst, Hermann Ludwig, was hierdurch laut Statut bekanntgegeben wird. D. V.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen

Geschäftsstelle u. Arbeitsnachweis: Wolfshaus, Seitzerstr. 92 und 1—7, Sonnabend 8—4. Arbeitsschule: 9—10 und 4—5.

■ Zahlstelle Leipzig: Sonnabend 8—12 und 1—7, Sonnabend 8—4.

Arbeitsstelle: 9—10 und 4—5.

Sonntag, den 22. Juli, nachmittags Punkt 4 Uhr

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

im Saale des Tivoli, Windmühlenstraße 14/16.

Tagesordnung:

1. Bericht: Die Lage des Verbandes. Referent: Kollege Scheffel, Verbandsvorsitzender. 2. Kassenbericht. 3. Gewerkschaftliches.

Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen, der nicht durch Arbeit verhindert ist, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Konsumentverein f. Zwenkau und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Montag, den 23. Juli, abends 1/2 Uhr

Außerordentliche Generalversammlung

im Gasthof zum goldenen Adler in Zwenkau.

Tagesordnung:

1. Änderung von § 8, Abs. 2—4, des in der Generalversammlung vom 24. September 1916 angenommenen Statuts.

2. Ergänzungswahl des Vorstandes.

Der Vorstand.

Ernst Weber. Robert Staude.

Volkshaus

Morgen Freitag

von abends 8 Uhr an in dem wunderschönen Garten

Carola-Sänger

mit neuem, überraschendem Programm.

Bei ungünstigem Wetter im Saale.

Stadtbekannt ladelose Volkshausliche

Jeden Tag Spezialgerichte.

Hochseine billige Weine und div. andere Getränke

Sonnabend spielt Gustav Schilke.

Arbeitsmarkt

Abstecher Einrichter Arbeiter

werden sofort eingestellt

Tausig & Co.

Leipzig-Lindenau, Calviusstrasse 6a.

Elektromontoure

Stadt- und Schwachstrom, sofort für dauernd gesucht

Gebr. Krichel, Dresden-A., Elisenstrasse 9.

Montagearbeiter

für Eisenkonstruktionen, Hilfsmontoure und

Kolonnenführer gesucht.

Strauss & Casiraghi, Lustschiffchen.

Mehrere tüchtige

Hilfsarbeiter

und Portier

gesucht, Meldungen vormittags bis 12 Uhr im

Personalbüro

Theodor Althoff, Leipzig

Eingang Neumarkt.

Fabriks-Rüdje mit Kantine

Erfahrene Persönlichkeit gesucht die eine neue einzurichtende Speiseküche für meine Munitionsfabrik (ca. 100 Personen) übernimmt. Geff. Angebote an

Fritz. Pause

Leipzig-Stötteritz, Wasserturmstr. 7.

Städtische Theater in Leipzig.

Neues Theater.

Donnerstag, den 19. Juli 1917

17. Akte-Bockesblau (A. Holze, Weiß).

Der Waffenschmied.

Somatische Oper in 3 Akten, Text und Musik von O. M. Lorberg.

Musikal. Aufführung: Kapelle, Corrob. Bilderselbst.

Personen: Hans Städlinger, Bassenhähnel u. Tierarzt (Hans Müller); Marie, seine Tochter (Elfriede Gladitsch); Graf Liebenau (Eduard Napoli); Georg, sein Sohn (Eugen Ritter); Wolfsoh, Miller, Schlosser (Albert Kunze); Werner, Goliath, Städlinger (Emil Herling); Janne (Lucia Schröder).

Uhrzeit nach dem 2. Akt.

Schauspielpreise: Einlob 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Ende um 10½ Uhr.

Altes Theater.

Schauspielserien

bis einschließlich 24. Juli.

Neues Operetten-Theater.

Donnerstag, den 19. Juli 1917

Der Zigeunerbräut.

Operette in 3 Akten von Julius Wilhelm und Fritz Grünbaum.

Welt von Emmerich Kalman.

Personen: Max Wall (Oskar Weiß); Paul, Särt, Señor, Kinder (Walter Grafe, Therese Welt); Max, Odilia, Ida (Elisabeth, Anna, Sophie); Galton, Graf Prinz (Rudi Walter); Gräfin von Grün, seine Mutter (Emilie Herling); Baron (O. M. Lorberg); Die Baronin, seine Frau (Elisabeth); Max, Käthe, Goliath (Reinhold Balow); Seimo, seine Frau (Stella Danzig).

Uhrzeit nach jedem Akt.

Gewöhnl. Preise, Einlob 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10½ Uhr.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag 7 Uhr, Sonntag 7½ Uhr.

Die Zugsstufen im Neuen und Operetten-Theater sind von 10—2 Uhr abfallen.

Leipziger Schauspielhaus.

Donnerstag, den 19. Juli 1917

Walters Brot.

Wie steht ich meinen Mann.

Ein fröhliches ehetliches Komödienstück in 3 Akten von Hans Sturm.

Personen: Dr. Martin Kunze, Apotheker (Julian Brandt); Ida, seine Frau (Katharina Hofmeier); Rudolf Baumüller, Kaufmann (Hans Leibelt); Sophie, seine Frau (Viktoria Amelotter); Olga, seine Frau (Elisabeth Bödel); Der Baron (O. M. Lorberg); Die Baronin, seine Frau (Elisabeth Wenzel); Max, Käthe, Goliath (Reinhold Balow); Seimo, seine Frau (Stella Danzig).

Uhrzeit: 1/2 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr, 14 Uhr, 16 Uhr, 18 Uhr.

Gewöhnl. Preise, Käse 10 Pf., Anfang 7½ Uhr, Ende gegen 10½ Uhr.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag 7 Uhr, Sonntag 7½ Uhr.

Die Zugsstufen ist gleichmäßig von 10—2 Uhr.

11—2 Uhr.

11—2 Uhr.

11—2 Uhr.

11—2 Uhr.

11—2 Uhr.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Juli.

Geschichtskalender. 10. Juli 1808: Der schweizerische Dichter Johann Jakob Bodmer in Greifensee bei Zürich geboren († 1788). 1819: Gottfried Keller in Zürich geboren († 1860). 1870: Frankreich erklärt Deutschland den Krieg. 1871: Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin. 1914: Der Archäologe Albert Conze in Berlin gestorben (* 1881).

Sonnenaufgang: 5,1, Sonnenuntergang: 9,10.
Mondaufgang: 5,18 vorm., Monduntergang: 9,7 nachm.

Der Kreisverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig hält am Freitag, dem 20. Juli, seine Mitgliederversammlung in den Westendhallen ab. Genosse Seger wird über die politische Situation sprechen. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, für einen starken Versammlungsbesuch zu wirken.

So lädt sich schon noch leben.

Die Rheinische Zeitung veröffentlichte dieser Tage eine Rechnung über ein Diner für zwei Personen, das 67 M. gekostet hatte. Neben die Speisekarten in Königswinter, einer der Hauptverkehrsstädte am Rhein, bringt das Blatt folgende Zusammenstellung:

Ein bescheidenes Mittagessen:

Jägersuppe 1.— M.

Gefüllte Rinderbrust, Gurkensalat, Kräuterkartoffeln 5,50

Kalter Spargel, Eissig- und Delikatene 3.—

Rheinwurstselsch mit Rübeln 5,50

Kartoffelkäse 2.—

Man kann sich also für die Kleinigkeit von 17 M. leidlich halten. Auch am Abend braucht man keineswegs zu darben. Es gibt als Abendbrot:

Fisch in Muscheln, weiß überkrustet 1,50 M.

Bachforelle auf Müllerkartoffeln 6.— bis 10.— M.

Kaltes Fleisch mit gemischt Salat 5,50

Sauerbraten mit neuen Karotten 5,50

Junge gefüllte Waisgans (ohne Preis angabe)

Gefrorenes 2.—

Wenn diese Abwechslung nicht genügt, der hat die Wahl in weiteren Speisen. Es gibt

Suppen:

Krautfüllere, fast oder mit Marm. 2 M., Spargelsuppe 1,25 M., Hähnchenudeln 1 M., Krautfüllere mit Einlage 1,50 M., Ochsenfischwanz 2 M.

Fische:

Bachforelle pochiert mit Cremekunst 10 M., Rheinjahn gekocht oder geröstet 8—14 M., Steinbutt geröstet mit Beernerkunst 7—12 M., Seezungenkunst Walensa 8 M.

Fleisch:

Außer den schon genannten Fleischspeisen: Kalbohren mit Spargelzwiebeln 6 M., gefüllte Taube mit Tomatenkunst 5 M., Kalbohren in Schildkrötenkunst 5,50 M.

Gemüse:

Frischer Stangenspargel mit Schaumkunst 3,50 M., frische Schneidebohnen 2,50 M., Blumenkohl mit Cremekunst oder polnisch 3 M., gefüllte Tomaten oder Gurken 2,50 M., neue Erbsen 2,50 M., neue Kartoffeln mit Petersilienbutter 2 M.

Nachtisch:

Gesrokorene: Erdbeeren, Mirabellen, Aprikosen 2 M., Eis-Domekte 5 M., gefüllte Erdbeeren und Pfirsich mit Himbeermark 7 M., Eisbecher mit Waldbeeren 2,50 M., Rheinisches Dunstbrot 2,50 M., Kalifornische Torte 3,50 M., ein Fr. Pfirsich auf Erdbeereis mit Schokoladenkunst, frischer Pfirsich auf Eis und Vanillekunst 3,50 M., Biskuitroulade mit Creme 2,50 M.

Sonstige Kleinigkeiten:

Gurkensalat 1,50 M., Salat von Edelpilzen oder Spargelzwiebeln 3 M., Norwegische Sprotten in Öl 5 M., 2 Sardinen auf Rösti 1,80 M., Bering in pilanter Torte 1,50 M., Salatrösti 2,50 M., Straßburger Fleischterrine mit Cumberlandkunst 3—4 M., Oderfleisch 1—1,50 M., Mousse mit roher Sahne 2 M.

Die Weinlade.

An dieser geselligen Stätte braucht man natürlich auch nicht zu durschien. Da stehen zunächst 58 Sorten Rhein- und Pfalzweine, die billigste Flasche zu 3 M., die teuerste zu 80 M. die Flasche. Aber auch zu 40, 50 und 70 M. ist eine bescheidene Flasche Rheinwein zu erlangen. Liebhaber von Mosel-, Saar- und Auer-Wein können rund 60 Sorten wählen, die billigste zu 3 M., die Flasche, die meisten in der Preisliste von 8—15 M., für anspruchsvollere Gaumen stehende Weine von 15, 22 und 25 M. die Flasche bereit. Deutsche Rotweine sind von 5—12 M. die Flasche zu haben. Unser Erdbeinfond im Westen hat einige flink rote und weiße Vorbergausweine beigegeben. Für die billigste Flasche sind immerhin 5 M. zu erlegen. Die Preise liefern für die besseren Tropfen auf 15, 18, 20, 25, 45 und 50 M. die Flasche hinauf. Burgunderweine stehen von 5—24 M. die Flasche in zahlreichen Jahrgängen zur Wahl. Deutsche Schaumweine bietet uns die Karte in 20 Sorten an, die billigste zu 14 M., trinkbare Sorten zu 18—30 M. die Flasche. Wer seinen Gaumen mit Champagner neigen will, hat rund 25 Marken zur Verfügung. Schon zu 90 M. ist eine Flasche echten Champagn zu haben, für 80 und 70 M. die Flasche gibt es etwas Besseres, und die Kriegsgewinner, Bucharer und Schaderr erster Ordnung lassen sich an Doppel-Magnum Gordon rönen trotz sec die Flasche zu 115 M.

Eine Legion von Sorten Kognak, Branntwein und Likören bis zu 5 M. das Gläschen beschließen den Steigen.

Die „schändbare Haltung“.

Im Jahre 1915 ist einer der alten Garde der deutschen Sozialdemokratie, der in der gesamten Internationale bekannte und geschätzte Genosse Julius Wahlisch gestorben. Er war einer der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, und er hat alle ihre Sturm- und Drangperioden der früheren Zeit miterlebt und durchlängt. Später ging er nach Amerika, dort wirkte er bis zu seinem Tode als Redakteur der deutschen Arbeiterzeitung in Chicago. Ende 1914 schrieb er einen Brief an einen Redakteur der Newyorker Volkszeitung, der für die deutschen Parteigenossen ein besonderes Interesse beanspruchte. Dieser Brief wurde nach Wahlischs Tod in der Newyorker Volkszeitung im März 1915 veröffentlicht. Er enthält folgende Stelle:

„Über die Wirkungen eines Krieges auf unsre Partei bin ich mir zwar immer klar gewesen und habe stets nur Verachtung für die Großmäuler gehabt, die von Generalsstreik und Revolution für den Fall des Krieges faschten, aber an die Möglichkeit einer so schändlichen Haltung, wie die deutsche Partei sich deren schuldig gemacht hat, habe ich doch nicht geglaubt, und die Tatsache hat mich sehr niedergeschlagen... Sie müssen bedenken, welchen Eindruck es auf jemand machen muss, der die Gefahren und Leiden von 1870/71 mitmachte, und nun erleben muss, dass der ganze Kampf von damals, der nicht bloß den Ruhm der Partei begründete, sondern die Internationale erst ermöglichte, ein so gut wie ungloose gewesen ist. Ach, lieber Freund, es gehört wirklich wirklich klarer Will und Überzeugung dazu, um an den Menschen nicht irre zu werden und bis ans Ende auszuhalten.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

Kriegsleistungen.

Der Verein Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen Berlin hat eine sorgfältige Statistik über die bisherigen Auswendungen der deutschen Straßenbahnen für Kriegsunterstützungen an ihre Angestellten und für den Transport von Bewunderten, Freifahrten usw. angefertigt. Es wird darüber berichtet:

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bahnen Angaben wegen Rückstellung durch die Gemeinden nicht gemacht sind, so ist der tatsächliche Beitrag der Zuwendungen noch wesentlich höher.“

Wahlsch gehörte nicht zu den radikalsten Genossen, wie auch sein sein — inzwischen durch die Vorgänge in Russland korrigiertes — Urteil über die Revolution zeigt. Um so bemerkenswerter ist seine Auffassung über die deutsche sozialdemokratische Kriegspolitik.

„Nach einer Zusammenstellung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen über die Kriegsstützgebedeutung der deutschen Straßenbahnen in den ersten beiden Kriegsjahren wurden an Kriegsunterstützungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten von 133 deutschen Straßenbahnen 27 300 000 Mark, für Teuerungszulagen 13 500 000 M. und für sonstige Kriegsleistungen (Liebesgaben, Aufschüsse zu Lebensmitteln und Spenden 2 000 000 M.) zusammen rund 42 500 000 M. verausgabt. Da ein Teil der Bahnen die Zuwendungen auf Ehre verbucht hat, die zulässig nicht in die Erscheinung treten, und von andern Bah

In Leipzig-Döhl statt. Die Fahrerin des Handwagens hat ganz leichte Verletzungen davongetragen, Materialschaden ist nicht entstanden. Von die Schuld an dem Unfalle trifft, ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

Holländer gestohlen. Ende Juni d. J. ist aus einem Grundstück in der Großeisstraße in Schleißig ein Selbstfahrer für Kinder, sogenannter Holländer, mittels Einbruch gestohlen worden. Er war schon länger benutzt, sodass das Querholz an der Lenkstange nur lose aussaß. Vor Anlauf wird gewarnt.

Diebstähle. Gestohlen worden sind in der Zeit vom 5. Juni bis 2. Juli aus einer verschlossenen Wohnung in der Auenstraße, während die Inhaberin auf Weisen war, eine Anzahl Schürzen, Tischdecken, ehemalige Utensilien, zwei neue Damenhemden und ein Dutzend Kaffeeservietten, sowie ein großes Badetuch mit roter Kante. Die beiden zuletzt aufgefundenen Sachen sind P. M. gezeichnet. — Am 5. Juli hat ein hier durchsiedelndes Dienstmädchen, während es den Abort im Hauptbahnhofe benutzen wollte, einer Frauensperson einen braunen, etwa 90×60×20 cm großen Papptkarton mit seiner ganzen Ausstattung, u. a. „J. H.“ gestohlen. Wäsche, die es zum Antritt einer neuen Stellung braucht, nur kurze Zeit auf deren Anerbieten hin zur Beaufsichtigung übergeben, weil es ihm wegen seiner Größe nicht mit in den Brestellen Raum hineinnehmen konnte. Diese Frauensperson war nach ihrer Rückkehr mit dem Karton verschwunden. Sie wird beschrieben als etwa 18–20 Jahre alt, schmächtig, hatte verbleibtes Auge, eine spitze Nase, blondes Haar und trug eine Bluse mit blauen Tupfen. Hinweise zur Ermittlung der Täterin erbitte die Kriminalpolizei.

Gewerkschaftsbewegung.

Teuerungsablagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die Leipziger Holzarbeiter haben sich Anfang Mai mit Verhandlungen um erhöhte Teuerungsablagen an die Leipziger Unternehmensverbände gewendet; es ist vorläufig nur für die Kunstindustrie möglich geworden, ab 15. Juni eine Teuerungsablage von 27 Pf. für die Arbeiter und 12, 14 und 16 Pf. die Stunde für die Arbeiterrinnen zu vereinbaren.

Die Unternehmer, die im Arbeitgeberkombinat organisiert sind, haben es abgeschriften, irgendwelche Artikulationsablagen zu machen. Es wird von dieser Seite das bestehende Tarifverhältnis vorgeschlagen und eingewendet, dass auf Grund der Vereinbarungen vom November 1910 nur durch zentrale Verhandlungen die Verhandlungen erleichtert werden können.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat sich deshalb Anfang Juni an den Vorstand des Arbeitgeberkombinates gewendet, um zentrale Verhandlungen über die inzwischen im ganzen Reich erhohten Forderungen der Holzarbeiter herbeizuführen. Auf einer Konferenz, die der Thüringer Verband am 24. Juni in Erfurt hatte, ist dann auch beschlossen worden, in Verhandlungen einzutreten; das Kriegsamt sollte um Vermittlung angegangen werden. Die Verhandlungen sollten am 18. und 19. Juli vor dem Kriegsamt stattfinden, sie sind aber um eine Woche vertagt worden.

Vom Holzarbeiterverband war für den 11. und 12. Juli eine Städtekongress einberufen worden, zu der aus 105 Vertragshäfen Vertreter delegiert waren. Nach gründlicher Aussprache über die Stellungnahme zu den bevorstehenden Verhandlungen wurde nachhaltige Entschließung einstimmig gefasst:

„Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Existenz der Arbeiterschaft außerordentlich und in steigendem Maße belastet, haben die Holzarbeiter im Reiche, gestützt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsamt des Innern getroffene Übereinkommen, schon seit Monaten strenge Lohnforderungen an die örtlichen Arbeitsorganisationen gesetzt.“

Die heutige Konferenz von Vertretern aus 105 Vertragshäfen beauftragt den Verbandsvorstand, die Forderungen in Höhe von mindestens 20 Pf. für die Stunde mit den entsprechenden Nebenforderungen bei den von den Arbeitgebern angebotenen zentralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten.

Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schnelle Entscheidung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermag.“

Sattler und Portefeuilliste.

In der am Freitag, dem 18. Juli, im Volkshaus abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuillisten, Zunftstelle Leipzig, gab zum 1. Punkt der Tagesordnung Kollege Berthold den Kostenbericht. Es sind vereinnahmt 2320,80 Pf. Der Mitgliederbestand betrug am Schluss des Quartals 270 männliche und 280 weibliche, insgesamt 550 Mitglieder, gegenüber 240 männlichen und 128 weiblichen, insgesamt 377 Mitgliedern am Anfang des Quartals. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Hierauf begründete Kollege Berthold den Antrag der Ortsverwaltung auf Aufhebung des Extrabeitrags. Er wies darauf hin, welchen Schwierigkeiten die Funktionäre bei der Einfassierung der Extrabeiträge, namentlich bei den jüngeren Kollegen, begegnet seien, trotzdem seltener als die Kollegenschaft einstimmig den Beschluss gefasst habe. Nach längerer Debatte wurde der Antrag bei mehreren Stimmenthaltungen gegen 3 Stimmen angenommen. Bei besondern Anlässen sollen dann Sammelabgaben zulassen, wobei es jedem Kollegen freisteht, zu geben, was in seinen Kräften steht.

Zum 2. Punkt gab der Vorsitzende, Kollege Döhler, einen Überblick über die Situation in der Organisation. Er wies hierbei auf die Zustände auf politischen und gewerkschaftlichen Gebiet hin und hält eine Klärung für unbedingt erforderlich. Kollege Döhler legte hierauf der Versammlung einen Beschluss zur Annahme vor, der in seinem ersten Teil die Tätigkeit der Ortsverwaltung im vergangenen Quartal gutheilt, im zweiten Teil das Verhalten der Generalkommission namentlich in der Frage der Annäherung an die christlichen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften verurteilt.

In der Diskussion wurde der vorgeschlagene Beschluss von verschiedenen Rednern begrüßt. Der anwesende Gauleiter, Kollege Busch, wandte sich gegen den zweiten Teil, der das Verhalten der Generalkommission geheilt. Es wurde dann noch kurz über das Ergebnis der Eingabe an das Kriegsministerium wegen Einreichung unseres Berufs in die Klasse der Schwerarbeiter berichtet. Diese Eingabe blieb erfolglos, da dem Vorstand inzwischen Bitten zugegangen sind, in die die in Betracht kommenden Kollegen eingetragen werden sollen. Da die Zeit weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung vertagt.

Kollegen und Kolleginnen! Wichtige Dinge drängen in nächster Zeit zur Entscheidung. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich rege als bisher am Verbandsleben zu beteiligen. Der Tag

der nächsten Versammlung wird den Mitgliedern durch die Vertrauensleute bekanntgegeben. Es liegt im Interesse aller, vollständig und plakativ zu erscheinen.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands hält zur Zeit in Berlin seinen zehnten Verbandsstag ab. Der Verbandsvorsteher Paul Oltfin wies bei der Eröffnung auf die schwierige Lage des Gastwirtschaftsgewerbes hin, das durch die Folgen des Krieges in eine bedrohliche Notlage geraten sei. Tausende von Gastwirten seien dem wirtschaftlichen Untergang preisgegeben. Durch gemeinsames Vorhaben aller Wirtschaftsorganisationen müsse man versuchen, die schweren Schäden abzuwenden.

Aus dem vom Hauptkonsortienten Oltfin erstatteten Kassenbericht, der die Zeit von drei Jahren umfasst, die seit dem vorigen Verbandsstage verlossen sind, entnehmen wir:

Während noch bis zum 1. April 1915, trotz bereits verschlossener acht Kriegsmonate, die Ergiebung von Überzulagen anhielt, war in der Zeit vom 1. April 1915 bis zum 1. April 1917 eine Mindeberechnung von 30 Pf. pro Schicht zu verzeichnen, die sich offen auf zwei Jahre verteilt. Es verblieb aber am 1. April 1917 immer noch ein Kassenbestand von 170 795 Pf. Erhebliche Summen wurden für Sicherheitsförderung aufgewendet, nämlich im Jahre 1914/15 80 275 Pf., im Jahre 1915/16 52 002 Pf. und im Jahre 1916/17 47 752 Pf. Bedenkt sei festzustellen, dass der Verband bisher alle Gefahren überstanden habe und in der Beziehung unter allen Gastwirtschaften bindend und vereint an erster Stelle steht. Einschließlich der zum Heere eingezogenen Mitglieder waren 8881 Mitglieder am 31. März vorhanden.

Den Geschäftsbereich erstattete Oltfin. Er begründete einen Antrag des Hauptvorstandes, wonach der Beschluss des Altenberger Verbandsstages aufzuschieben werden sollte, durch den die zum Deutschen einberufenen Mitglieder von der Leistung von Belohnungen befreit waren. Der Hauptvorstand beantragt jetzt, dass die Zeile fassung nur unter gewissen Bedingungen erfolgen solle. Die Kriegsverordnungen hätten dem Verbandsvorstand viele Arbeit verschafft. Er habe auch versucht, auf die Kriegsgefegebung Einfluss zu gewinnen. Von Vertretern der Regierung sei gelagert worden, es müsse das gefordert werden, doch auch in Gastwirtschaften einheitlicher Wille zum Auftreten komme. Der Vorstand habe sich lebhaft an den Vorbereitungen zur Schaffung eines Zentralverbandes der Gastwirtschaften Deutschlands beteiligt. Bis auf den Deutschen Gastwirteverband wollen sich alle Gastwirtschaftsorganisationen einer Zentralstelle anschließen. Bei der Versorgung habe der Vorstand nach Möglichkeit das Interesse der Kollegen gewahrt.

Für die Kontrollkommission berichtete Schulz (Hamburg). Es folgte eine rege Diskussion, die sich mit der Tätigkeit des Vorstandes in den vergangenen drei Jahren befasste.

Mindestlohn für Tegelarbeiter in Dresden.

Vor kurzem fanden in Dresden in einer Kommission Verhandlungen über die Festlegung von Mindestlohnen für die in der Tegelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Kommission besteht aus sechs Vertretern des Tegelarbeiterverbandes und der Unternehmerorganisation. Den Vorsitz führt als Vertreter der Stadt Herr Stadtrat Löwen. Veranlassung dazu gaben die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie, die durch Erhöhung im Landtag, in Versammlungen und Eingaben der Arbeitgebervertreter an die Behörden in weiteren Kreisen bekannt und als unhalbar erkannt worden sind. Nach langen Verhandlungen kam diese Kommission zu dem einstimmigen Beschluss, dass in allen in Betracht kommenden Betrieben von jetzt an Arbeitern ein Mindestlohn von 65 Pfennig, den Arbeitern 45 Pfennig pro Stunde zu zahlen ist. Da die Vertreter der Unternehmer sowohl wie die der Arbeiter von ihren Organisationen Vollmacht zu endgültiger Entscheidung hatten, trat ihr Beschluss ohne Weiteres in Kraft. Er gilt nicht nur für die Stadt Dresden, sondern auch für die beiden Dresdner Amtshauptmannschaften.

Regelung der Tegelarbeiterlöhne in Sachsen.

Die stellvertretenden Generalkommandos in Sachsen haben kürzlich eine Verordnung erlassen, die für gewerbliche Betriebe, in denen die Fertigung oder Bearbeitung von Männer- oder Kinderkleidung, Frauen- und Kinderbekleidung oder von weicher und dünner Wäsche im großen erfolgt, Arbeiters- und Wäschekonfektion, einschließlich der von diesen Betrieben ausgeführten Aufarbeitung nach Maß, sowie für die gewerblichen Betriebe, in denen Gebrauchsgegenstände sonstiger oder überwiegend aus Web-, Wirk- oder Strickstoffen, aus Wollen, Filzen im großen hergestellt werden, wichtig ist. Fertigung oder Bearbeitung im großen Massen auch vor, wenn zwar in dem einzelnen Betrieb selbst nur eine beschränkte Stellschall der Ware angezeigt oder bearbeitet wird, wenn jedoch der Unternehmer, der den Betrieb arbeitet, die Ware in Massen herstellen lässt. Es kommen folgende Vorschriften in Betracht:

1. Die Löhne dürfen nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein. Zu dem danach erzielten Verdienst haben die Betriebsunternehmer einen Zuschlag in Höhe von einem Sechstel des verdienten Betrages zu leisten, sofern nicht der für die Woche erzielte Verdienst das Neunfache des ordentlichen Tagelohns übersteigt.

2. Für die Inhaber von Arbeitsstuben oder sonstige Personen, die für die Betriebsunternehmer (Aussträger) Stoffe ausschneiden, verarbeiten oder ausgeben, für die Arbeiter (Arbeitertinnen), die innerhalb der Arbeitsstuben mit der Fertigung der Erzeugnisse beschäftigt sind, und für die Arbeiter (Arbeitertinnen), die die gewerblichen Erzeugnisse zu Hause selbst herstellen (Heimarbeiter, Heimarbeitertinnen, Handarbeiter, Hausgewerbetreibende und dergl.) durch Zuschüsse nur ein Sechstel zu erhöhen. Die Betriebsunternehmer haben den Inhabern der Arbeitsstuben usw. als Ertrag für die verausgabten Zuschüsse einen Zuschlag von sieben Hundertstein der Lohnsumme zu zahlen.

Die Bekanntmachung enthält außerdem besonders für Betriebsinhaber geltende Vorschriften. Sie können bei den Behörden eingesehen werden.

Lohnbewegung der Zwicker Bergarbeiter.

Am Sonntag, dem 15. Juli, fanden in Zwicker und Zugau von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes einberufene Grubenvertrauensmännerkonferenzen statt, in denen man sich eingehend mit der jetzigen Lage der Bergarbeiter beschäftigte und zu neuen Lohnforderungen Stellung nahm. Es wurde beschlossen, nachstehende Eingabe an den Bergbaulichen Verein für Zwicker und Zugau-Döhlitz in Zwicker.

On einer heute, 18. Juli, für das Zwicker und Zugau-Zielbildungskomitee stattgefundenen Konferenz von Grubenvertrauensmännern des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde der ergebnisvollen Unterzeichneter beauftragt, erneut an den Bergbaulichen Verein die bringende Bitte zu richten, möglichst sofort eine allgemeine, ausreichende Lohnhöhung für alle Bergarbeiter unter und über Tage durchzuführen, und zur Erreichung derselben nachstehende Wünsche zu verfestigen:

1. eine Schichtlohnsteigerung von 80 Pf. pro Schicht,
2. eine weitere Teuerungsablage von 60 Pf. pro Schicht,
3. die jetzt gezahlte Kinderzulage von 2 auf 3 Mark pro Kind und Monat zu erhöhen,
4. pro Mark des Schichtlohnes nicht unter 70 Pf. Gewinn (Rückendeckung) zu gewährten, und
5. dafür zu sorgen, dass auf denjenigen Werken, wo die Schichtlohnsteigerung niedriger sind als auf andern Werken, die notwendigen Erhöhungen der Schichtlohnsteigerung bei den einzelnen Arbeiterkategorien vorgenommen werden.

Die zwingende Notwendigkeit einer lohnsteigernden und ausreichenden Lohnhöhung besonders zu begründen, glaube ich verständlich zu können, da diese in letzter Zeit auch von Seiten der Herren Werksbesitzer anerkannt worden ist. Es soll deshalb nur kurz darauf hingewiesen werden, dass sehr oft die Möglichkeit besteht, Lebmittelkosten zu können, die Bergarbeiter aber aus Mangel an Mitteln dieses unterlassen müssen. Das zum Beispiel so wertvolle Nahrungsmittel wie Obst und Frischgemüse, welches die Bergarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft nicht notwendig gebrauchen könnten, nur wenig gekauft werden kann, weil die Preistreiberei derart unerhört ist, dass die Löhne der Bergarbeiter nicht ausreichen, um so hohe Preise zahlen zu können. Eine fünftägige Famiile müsste, wenn sie ein solches Mittagsgericht zubereiten wollte, fast den gesamten Lohn einer ganzen Schicht ihres Ernährers opfern.

On der Konferenz wurde auch darauf hingewiesen, dass nach der letzten bewilligten Teuerungsablage auf verschiedenen Werken ein Jurisdiktionsvertrag über Ausbezüge festgestellt werden konnte. Als Beweis gestatte ich mir nur ein Werk zu benennen, wo sehr leicht auf andern Gruben auch nachgewiesen werden kann. So wurde auf Schacht 1 des Brückenberg-Steinkohlenbauvereins vor einem Ort im Monat April d. J. eine Ausbeute von 2,80 Pf. und im Mai eine solche von 1,20 Pf. ausgesetzt. Vor einem andern Ort im April 1,74 und im Mai 1,28 Pf. Vor einem weiteren Ort im April 1,28, im Mai 1,48 Pf. Also überall ein wesentlicher Rückgang der Ausbeute, wodurch die bewilligte Teuerungsablage von 40 Pf. unsofortlich gemacht wurde. Auf demselben Werk wurden im Monat Mai ohne Kriegszuschlag in 28 Schichten 181,77 Pf., in 24 Schichten 108,54 Pf., in 27 Schichten 124,87 Pf. und in 28 Schichten 112,87 Pf. verdient. Das sind Bauerlöhne, die bei normalen Zeiten als vollständig ungünstig bezeichnet werden müssen, in der jetzigen Zeit aber nicht mehr vorkommen sollten.

Die im April d. J. bewilligte Teuerungsablage von 40 Pf. muss im Verhältnis zu den vorgenommenen Erhöhung der Kostenpreise als zu gering bezeichnet werden. Die Herren Werksbesitzer haben wohl die ihnen entstehenden Mehrkosten und selbst auch die von den Arbeitern nicht verschuldeten Mindeleistung angerechnet, aber der Erhöhung des Lohnes für die Bergarbeiter nicht die notwendige Beachtung geschenkt. Die sächsischen Bergarbeiter sind unter den Arbeitern der andern Kriegsindustrie, die am schlechtesten bezahlt werden. Auch ihre Kameraden in Westfalen verdienen pro Schicht mindestens 3 Pf. mehr. Verstärktigt man, dass auch die Arbeiter mit viel höherem Verdienst wie die sächsischen Bergarbeiter schwer zu kämpfen haben, um durchhalten zu können, dann ist es leicht zu verstehen, wie traurig es in den Familien der Bergarbeiter aussieht. Nicht nur Körperlich und gesundheitlich ist der weltweit größte Teil der sächsischen Bergarbeiter auf einer Stufe angelangt, die zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben kann, sondern auch wirtschaftlich liegen die meisten Familien vollständig darunter, weil dieselben seit Jahren nicht in der Lage waren, irgendwelche notwendigen Gegenstände des allgemeinen Bedarfs im Haushalt sich kaufen zu können.

Der fortgesetzte Drang zur Abwanderung, sowie die stattgefundenen Unterbrechungen der Kohlensförderung auf den einzelnen Werken sind Beweis dafür, dass die Geduld der Bergarbeiter das Höchstmöglich erreicht hat und deshalb schnelles Handeln geboten erscheint, wenn nicht weitere Siderungen in der Kohlensförderung eintreten sollen, die unter Verstärkung der jetzigen Zeit verhindert werden müssen.

In der Hoffnung, dass die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter volle Beachtung und möglichst schnelle Erfüllung finden, zeichnet mit hochachtungsvollem Glückauf!

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Zwicker und Zugau-Döhlitzer Revier.
J. H. M. Krause.

Georg Döhl t.

On Frankfurt a. M. starb, wie die D. A. berichtet, am 17. Juli der Generalvorsitzende des Dachdeckerverbandes, Georg Döhl. Er war 80 Jahre in seiner Berufsgewerbe tätig, darunter 20 Jahre als ihr 1. Vorsitzender. Außerdem war er Stadtverordneter in Frankfurt a. M. und 2. Vorsitzender der Ortskrankenkasse.

Der Verband der Buchdruckergesellen, Bezirk Königreich Sachsen, hält Sonntag, den 8. August in Dresden einen Bezirksstag ab. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Geschäft- und Kassenbericht. 2. Bericht der Ortsleitung. 3. Bericht und Aussprache über die Teuerungsablagenbewegung. 4. Anträge und Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.

Arbeiter! — werbt neue Volkszeitungsleser.

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten

und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der

Leipziger Volkszeitung.

Arbeiter, Hausfrauen!

Paul Bronckhorst.

89]

Roman von Levin Schücking.

Wovor soll es denn den Seile warnen? sagte der Schmuggler mit dem faulstigsten Tone von der Welt, während er nach der Zunge sah, um eine Kehle zum Anzünden seiner Pfeife aus dem Herdsack zu nehmen.

Wovor? Nun, daß er sich nicht sangen läßt, fiel der von den beiden Fremden, der zuerst gesprochen, ein.

Wollen Sie ihn denn singen?

Sie haben ihm ein Papier in die Hände gespielt mit einem großen Siegel darunter — sie denken, er ist solch ein Narr und meint, damit wäre er frei und sicher!

Ist er das denn nicht, wenn er einen Brief darüber hat?

Der Hochdeutschsprechende lachte. Was, frei! Wenn Sie den Seile bekommen, dann hängen Sie ihn, und wenn er auch zehn Briefe in der Tasche hat.

So? Dann haben Sie ihm das Papier bloß geschickt, um ihn damit zu sangen?

Wo zu anders?

Den Seile fixierte eine Weise mit einem lauernden Blick den Sprecher. Dann schien er plötzlich aufzuhorchen. Höret Ihr nicht etwas?

Nein, was ist?

Ach meinte, ich hörte Schnarchen. Dort aus der Höhe herauf.

Ach höre nichts! sagte der Fremde.

Dann ist ein Arztum! Nun, wollt Ihr mit hinüber?

Ohne den Fährmann?

Ach habe nicht Zeit, auf ihn zu warten. Kommt nur mit. Legt das Geld für seinen Schnaps ihm auf den Tisch; er wird es schon finden.

Seile verließ die Höhe; sein Bruder Hendrik blieb ihm wie ängstlich dicht auf der Fersse; als beide draußen waren, räunte der Schmuggler seinem Bruder zu:

Halte dich neben mir! Und lauter, in die Höhe hinein, rief er: Holt nur die Rüder aus dem Schuppen. Wir gehen voraus.

Die beiden Fremden folgten in der Tat; einer von ihnen wandte sich, während der andre vor der Tür der Höhe auf ihn wartete, dem Schuppen zu und suchte dort die Rüder. Gleich nachher kam er mit seinem Genossen den beiden Brüdern nachgeschritten, die Rüder auf der Achsel tragend.

Gib acht, was Sie tun, sagte Jan Seile unterdessen leise zu seinem Bruder — los die beiden rüber, nimm du die Schalterstange, halte sie so, daß du jeden Augenblick ihnen eins damit auf den Kopf geben kannst. Sie kennen mich und haben etwas vor.

Warum gehst du dann mit ihnen?

Ach will sehen, was sie wollen — hab keine Angst.

Der Schmuggler hatte bei diesen Worten die Kette des kleinen Kahnus, der auf dem Wasser lag, von einem Baumstrunk am Ufer losgelöst. Er sprang mit ihr in das Fahrzeug; Hendrik folgte ihm, und gleich darauf stiegen die beiden Fremden hinein. Hendrik schoß nun mit der Schalterstange, die im Kahnus gelegen hatte, das Boot eine Strecke an dem Weidengeschüsch entlang, strauchauswärts. Der jüngere und kräftiger gebaute der beiden Fremden hatte sich auf die hinterste Bank gesetzt und hielt die beiden Rüder ein. Der Schmuggler stand in der Mitte des Kahnus, einen Fuß auf dem niedrigen Bord gestützt, die Hände unter dem Kittel in den Taschen. Hinter ihm stand, die Arme untergeschlagen, ebenso müßig der andre Fremde, der den reinen, hochdeutschen Akzent gesprochen hatte.

Hendrik hörte auf zu schreien.

Heute rudert nur querüber, sagte er, sich zu dem hinten liegenden wendend und seine Stange langsam aus dem Wasser ziehend — wir sind weit genug hinan.

Der Fremde im Hinterteil des Fahrzeuges sah die Rüder ein, indem er zugleich dem Kahn einen starken Schwung gab, der ihn quer in den Strom hinein schwob. Nach einigen Augenblicken hatte man etwa ein Drittel der Breite des Flusses hinter sich zurückgelegt.

Ist das Wasser tiefer? fragte der Fremde, der hinter dem Schmuggler stand, indem er dicht an diesen herantrat und zugleich eine Bewegung mit dem Arme machte.

Sieh zu! schrie in denselben Augenblick Jan Seile auf, sah mit einem mächtigen Griffe blitzschnell den Fremden am Arogen und schlenderte ihn mit einer Kraft, der nichts widerstehen zu können schien, über Bord.

Das Wasser rauschte auf, der Unglücksdruck stieß einen kurzen Schrei aus — dann war die Woge über ihm zusammengebrochen.

Im nächsten Moment fuhr der Schmuggler, ein langes Pistol in der Hand, das er unter seinem Kittel hervorgezogen hatte, aus den andern Fremden los, der im Schrecken beide Rüder hatte fallen lassen und nun aufsprang.

Kommt an, ihr Spieghuben! schrie Jan Seile in höchster Wut und schlug das Pistol auf den Menschen an.

Aber dieser wartete die Angel, die ihn augenscheinlich zugebaut war, nicht ab. Wie in der Todesangst um die Belebung gekommen, vielleicht auch in dem Bewußtsein, daß er ein zu guter Schwimmer sei, um sich nicht lieber dem Wasser als dem Feuer des Schmugglers auszuzeigen — sprang er zur Seite und über den Rand des Kahnus freiwillig in den Strom.

So, da laßt euch von den Fischen fressen, alle belde! hohulachte Seile ihnen nach und sah mit zorniger Freude, wie die beiden Männer mit den Wellen kämpften.

Aber nicht lange. Der Kahn schien nicht tiefer. Der Herbst hatte seine Wassermasse vermindert. Beiden Unglücksdrücken gelang es, Fuß zu fassen, und dann, bald schwimmend, bald watend, begannen sie sich nach dem Ufer hinzuarbeiten, von dem sie hergekommen waren, weil es noch um ein Bedeutendes näher war als das entgegengesetzte, zu dem man hüftüber wollte.

Nun, daß eine Rüde — mach, daß wir aus Land kommen, sagte der Schmuggler untermess, indem er selbst nach dem andern Rüde griff.

Um Gottes willen — was ist geschehen, warum tatest du das? rief nun Hendrik, der über der ganzen Szene bis jetzt die Sprache verloren zu haben schien.

Mach vorwärts — rüder! schrie ihm sein Bruder zu, ohne seine Frage zu beantworten.

Der Kahn bewegte sich rasch über die Wasseroberfläche fort. Hendrik spähte, während er aus Leibekräften rüberte, nach den beiden Menschen aus, die hier so unverhofft zu einem fallenden Bade gekommen waren. Er konnte wegen der Dunkelheit zwar nicht alle ihre Bewegungen verfolgen; doch glaubte er deutlich nach einer Weile ihre Gestalten dicht beieinander glücklich in dem Weidengeschüsch am andern Ufer auftauchen zu sehen.

Die Brüder waren am Lande. Der Schmuggler sprang aus dem Kahn und überließ seinem Bruder, für das Fahrzeug zu sorgen, indem er es an der Kette festlegte. Dann eilte Hendrik dem ersten, der schon vorangetaucht, nach.

Aber nun bitt ich dich, nun sage mir . . . begann Hendrik jetzt von neuem.

Die Spieghuben . . . die Schufte! antwortete Jan Seile im höchsten Zorn. Ans Leben wollten sie mir!

Tir ans Leben?

Hast du nicht gesehen, wie der eine, der hinter mir stand, ein Messer aus dem Kamm zog, um es mir zwischen die Rippen zu

stoßen? Nein, du konntest es nicht sehen. Aber ich habe es wohl gesehen. Ich hielt meinen Auel im Auge; ich traute ihm nicht. Ich passte ihm auf die Finger, wenn er auch meinte, ich gucke auf weiter nichts als die Sterne im Wasser.

Meinst du denn wirklich, er hätte dir damit eins verzeihen wollen, mit dem Messer? fragte Hendrik halb erstaunt, halb unglaublich. Es waren ja ganz fremde Leute.

Wenn du nicht so dummkopf wärst, Hendrik, so würdest du nicht so fragen. Habe ich dir nicht gesagt, daß sie mich recht gut kannten?

Sie wirkten sich mit den Augen, als wir in die Höhe drüben traten. Und dann fingen Sie an zu schwanken, um mich lange zu machen. Was brauchten Sie mich abzuholen, daß ich nicht gehen sollte? Was ging es an?

Und in der Höhe schnarchte der Fährmann. Was brauchten Sie zu sagen, er sei fort? Ich habe ihn ganz gut gehört. Vielleicht hatten Sie ihn betrüben gemacht in seinem eigenen Gewebe.

Ich kenne die Bösewichte auch. Das heißt, den einen kenne ich. Den kleinen Herrn, den das gleiche Wand zu weit war, der ist ein Böter oder dergleichen vom Herzog, ein vornehmer Tagelieb;

hat der Mellingstädter Agnes nachgesucht; ich kenne ihn schon; o, ich weiß alles! Der Tensel holt ihn, wenn ich ihn noch einmal zu fassen kriege. Keinen Stilber gehe ich dann für sein Leben.

Der will mich warnen? Der will nicht, daß ich hinüberkomme? Ist er vorsichtig, daß ich der Agnes guten Tag sage, wenn ich mich frei leben lassen darf? Hat er die Agnes ungünstig gemacht und schlecht nun,

daß ich ersahre? Hat die Agnes ihm gesagt, was Sie für einen guten Freund an mir hat, und hat ihm das die Angst in den Leib gesetzt, ich komme hinüber . . . ?

Was redet du da in eins fort? fragte hier Hendrik seinen Bruder. Wer ist die Agnes? Und was hat der Mensch mit ihr zu schaffen?

Agnes? Wer das ist? Nun, es ist ein junges Mädchen. Vom Herzog delben dienen sie.

Und ist das dein Schatz?

Der Schmuggler lachte bitter auf.

Schach! — sagte er. Ja, wenn Sie den Seile zum Schach

wollten! Aber Sie hat einmal Gutes an mir getan. Es haben wenige Leute Gutes an mir getan. Geschichts einmal, dann vergeht ichs nicht. Der Agnes will ichs vergessen. Ich habe sie im Auge behalten. Ich weiß, daß der Spieghube ihr nachgesucht hat, der Schuft, der mir mit dem Messer zu Leibe wollte. Und jetzt gehe ich gerade hinüber. Ich will sehen, was mit dem Menschen und mit der Agnes ist. Und die Agnes soll mir auch einen Rat geben. Sie soll mir sagen, ob ich zu dem Gerichtsherrn nicht. Wahrschauig, sie soll mir sagen. Wenn Sie es haben — ich bin, Hendrik, und mache dich frei, und wenn du der . . . los bist, dann magst du es Ihr danken!

Während er dies sprach, schritt der Schmuggler rasch und sicher weiter. Seine ganze Haltung war eine andre als früher, wo er im drückenden Gefühl seiner Vereinsamung Hendrik überreden wollte, sein gefährliches Dasein zu teilen. Er ging aufrecht und strahlend, ohne sich zu beklagen.

Die Bösewichte fuhr er fort. Als ich Ihnen zeigte, daß ich früher sei wie Sie, da wollten Sie mir ohne weiteres aus Leben. Mit dem Messer zwischen die Rippen und dann ins Wasser!

Sie müssen doch verdammt klug haben, daß ich hinüberkomme. Ich glaube jetzt nicht mehr, daß die Gerichtsherren mir etwas antun. Wenn Sie mich sangen wollten, dann hätten die beiden Schufte mich gewiß nicht aufgehalten. Dann hätten Sie mich still ins Garn gehen lassen. Toll ich hören, was solche Bösewichte sagen? Sind die wieder die Gerichtsherren und mir mich?

Wenn Sie es ehrlich gemeint hätten, ließ hier Hendrik Seile ein,

dann hätten Sie die freilich nicht aus Leben wollen. Es gibt sich keiner die Mühe, einen andern salt zu machen, der nicht Urfaß dazu hat. Was mit der Agnes ist und dem Menschen, der eben Futter für Fische aus dir machen wollte, das weiß ich nicht. Aber es mag auch wohl sein, daß ihm viel daran gelegen ist, daß der Bronckhorst, den Sie im Turme eingespant haben, nicht wieder herauskommt, sondern da im Kerche verfaul!

Das mag auch sein, sagte Johannes Seile. Hast recht, Hendrik, es mag wohl sein. Nun, ich will ihm schon einmal einräumen. Er soll von mir hören. Und die Agnes will ich fragen nach allem. Die Agnes soll sagen, was ich tun soll!

Und während der Schmuggler großlippig diese Sätze austieß, schritt er mit verdoppelter Halt, so daß ihm Hendrik kaum folgen konnte, die dunklen Feldwege dahin, die von der Fähre nach Marienborn führten. (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

tk. Amerika auf der Suche nach Kali. Da, von Deutschland und Österreich-Ungarn abgesehen, kein Land so viel Kali benötigt wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, so ist es verständlich, daß dort beim Auslaufen der deutschen Industrien eine förmliche Jagd nach Kali begann. Bereits seit 20 Jahren ist man in Amerika unablässig auf der Suche nach einheimischen Kalilagen. Vielleicht hat man von dort aus schon in alle Welt hinausposaunt, man habe das Ziel erreicht und ausreichende Kalischäfte entdeckt, so daß man der deutschen Industrien nicht mehr bedürfe. Nur stellte sich dann später jedesmal die Sache als ein groß angelegter Bluff oder als Schwindel heraus, der weiter nichts bedeutete, als eine gründliche Aufzehrung derer, die nicht alle werden, und bei solchen Gelegenheiten um ihre Spargroschen kamen. Neben derartigen Schwindeln beschäftigten sich aber auch ernsthafte Kreise mit der Kalifrage und bemühten sich redlich, diese zu lösen, ohne aber bisher befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Waren früher nur einzelne Personen und Kapitalistengruppen bei der Kalisuche tätig, so behalf sich jetzt auch die Regierung damit und spart weder Gelb noch Milche, um den Gedarf an Kali zu decken. Ein aufdringliches Bild über die zu diesem Zwecke geleisteten Arbeiten liefert der jetzt bekannt gewordene Bericht für das Jahr 1915, der eine ganze Reihe von Versuchen, die Kalifrage zu lösen, aufzählt, ohne aber irgendwelche Erfolge anzublicken zu können.

Die Weltmeere enthalten gewaltige Vorräte an Kali, da in jedem Kubikmeter Meerwasser etwa 1,8 Kilogramm Chloralkalium gleich 0,7 Kilogramm reines Kali gelöst sind, die beim Verdunsten des Wassers als feste Masse zurückbleiben. Es ist deshalb leicht verständlich, daß die Amerikaner versuchen, diese Kalischäfte an zu gewinnen. Sie wagten sich mit ihren Versuchen jedoch nicht an das eigentliche Meerwasser, da in diesem der Kalidegehalt doch zu gering ist, um die Gewinnung lohnend zu gestalten. In Kalifornien, in Nebraska, in dem Wyomingstaat Utah und an verschiedenen anderen Stellen gibt es in Amerika eine ganze Anzahl im Austrocknen begriffener Seebeden, deren Salzgehalt stellenweise 10 bis 15 Prozent beträgt. Der Gehalt der wasserfreien Salze an Kali wird zu 5 bis 25 Prozent angegeben. Hier wurden große Anlagen zur Verarbeitung der bereits von der Natur angereicherten Lagen geschaffen. Das Verbrennen des Wassers geschieht mit Hilfe von Wind und Sonnenwärme in großen flachen Teichen, mit Brändewerken und Verdunstungsläufen, sowie mit Hilfe von Feuer in Tiegefählen. Der Rückstand soll entweder gleich an Ort und Stelle durch wiederholtes Lösen und Einkämpfen in seine einzelnen Bestandteile zerlegt

und vor allem das Kali abgetrennt werden oder er wird zu diesem Zwecke besonders chemischen Werken zugelandt. Bis her war allerdings die Ausbeute noch sehr mager und es ist noch kein auf diese Weise gewonnenes Kali auf den Markt gelangt. Außer diesen zur Kaligewinnung angelegten Werken sind an den Salzseen schon seit Jahren Anlagen zur Gewinnung von Salz, Natron, Borax, Soda und ähnlichen Erzeugnissen in Betrieb. Alle diese Werke besaßen sich seit 1915 mehr oder minder auch mit der Herstellung von Kali als Nebenerzeugnis, aber auch diese konnten bisher nur wenig Kali abliefern.

Günstiger als die Kaligewinnung aus Seewasser versteht der Bericht die Versuche zur Verarbeitung von Seepflanzen zu dem gleichen Zwecke. Bekanntlich sind besonders die Tiere sehr salzhaltig und wurden schon vor Jahrhunderten zur Gewinnung dieses Stoffs ausgenutzt. Das lohnte sich aber nur bei den gegen heute unverhältnismäßig hohen Preisen, wie sie vor der Entdeckung der Kaliflächen für diesen damals noch sehr seltenen Stoff bezahlt wurden. Die Amerikaner sind nun wieder auf diese alte Kaliquelle zurückgegangen und haben namentlich an den Küsten des Großen Ozeans an vielen Stellen die Verarbeitung des dort in großen Mengen vorhandenen Tiere auf Kali aufgenommen. Die mittels Salzherde werden in Drehöfen getrocknet und dann ausgeglichen, wobei aller Kali in die Flüssigkeit übergeht und aus diesen durch Auslaugen mit Wasser und daraus folgendem Auskristallisieren gewonnen wird. Das aus dieser Weise Kali erhalten wird, bedarf keiner Frage, jedoch ist dessen Menge im Verhältnis zu dem ungeheurem Bedarf der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft nur verschwindend klein. Den wunderbaren Punkt aber bildet die hohen Herstellungskosten und der dadurch bestimmte hohe Preis, der zwar bei dem jetzt herrschenden Mangel angelegt werden muß, aber später, sobald das deutsche Kali wieder auf den Markt kommt, nicht aufrecht zu halten ist und die neue Industrie sofort zunehme macht.

Andere Versuche besaßen sich mit der Gewinnung von Kali aus Steinen. Im Amerika sowie in allen andern Weltteilen finden sich überall große Lager kalithaltiger Steine, deren Gehalt an Kali oft sogar größer ist als bei unseren Kalilagern. Zu den wichtigsten gehört der Kalifelspat, ein salzhaltiges Silikat, und der Alunit, eine Aluminium-Kali-Schwefelverbindung. Jedoch tritt das Kali bei diesen Steinen in Verbindung aus, die seine Reinigung ausschließen oder doch der hohen Kosten wegen unlohnend gestalten. Es ist zwar nicht unmöglich, daß mit der Zeit brauchbare Verfahren ausfindig machen, um die Kalischäfte gefunden werden. Bis heute fehlt es aber noch an solchen, und auch der amerikanische Bericht weist keine aufzuführen.

Der Fettgehalt der Fische. Bei der ohnehin nicht großen Auswahl an Nahrungsmitteln ist deren Fettgehalt heute an erster Stelle zu berücksichtigen. Besonders große Unterschiede zeigen die Fische, und da sie nach Einführung der Fleischlosen Tage in besonderem Grade in unsern Speisezettel eingedrungen sind, empfiehlt es sich, über sie auch in dieser Hinsicht Bescheid zu wissen. Das ist nun freilich nicht so ganz einfach, da der Fettgehalt nicht nur von der Fischart abhängt, sondern auch von ihrer Zubereitung und von noch andern Umständen. In Zusammenstellungen des Deutschen Seefischereivereins wird der Fettgehalt zunächst von frischen, getrockneten, gesalzenen und geräucherten Fischen unterschieden. Die größten Gegensätze treten bei den frischen Fischen auf. Den größten Fettgehalt im Fleischreichtum nimmt im Gegensatz zu der Geschmacksrichtung die gesäßige Seezunge ein, die nur zu ¼ Proz. aus Fett besteht, dagegen zu 80 Proz. aus Wasser. Überhaupt sind geringer Fettgehalt und hoher Wassergehalt bei frischen Fischen fast einander verbunden. Den höchsten Fettgehalt weist selbstverständlich der Lachs auf, der sogar in frischem Zustand zu mehr als einem Zehntel aus Fett besteht und dementsprechend nur 67 Proz. Wasser besitzt. Zu den sehr sättigenden Fischen rechnen ferner der Schellfisch und sein Bruder Dorfisch, ferner der Hecht und der Barsch. Der kleine Stint und die Scholle nehmen in frischem Zustand nur einen wenig höheren Fettgehalt ein, die Scholle mit nicht ganz 2 Proz. Fett. Zu den fettrischen Fischen rechnen nächst dem Lachs in absteigender Linie der Hering, die Makrele und in weiterem Abstand der Heißbutt. Besonders zu beachten ist der hohe Fettgehalt des Heringa mit 8,5 Prozent, der den der Makrele noch etwas übertrifft. Dagegen ist der Hering unter allen genannten Fischen mit Ausnahme der Seezunge der am Eiweißstoffen ärmer. Außerdem gering ist der Fettgehalt natürlich bei getrocknetem Fisch, bei dem Stockfisch, freilich immerhin noch größer als bei frischem Schellfisch oder gar bei der Seezunge. Zudem besteht der Stockfisch zu über vier Fünfteln seines Gewichts aus Eiweißstoffen. Unter den gefälschten Fischen erweist sich der Hering als König der ganzen Sippe, indem er mit einem Fettgehalt von fast 17 und einem Wassergehalt von nur 16 Prozent alle anderen Arten weit hinter sich läßt. Nur die geräucherte Sprotte kommt ihm mit annähernd 13 Proz. nahe, während der Lachs in geräucherter Zustand nur wenig mehr Fett aufweist als im frischen. Der geräucherte Hering oder Blättrig, der gangbarste unter den geräucherten Fischen, hat zwischen